

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Garbaum, Magdeburg. Druck von H. Kraus, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (eing. Schrödterstr.). Preis pro Exemplar 15 Pf.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Beleghe) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.; per Postsendung in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Postanstalten vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Beförderung. Einzelne Nummern (einschl. der Beleghe) sowie der Sonntagbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgebühr die fünfgehaltene Beilage 15 Pf. Post-Beleghe Nr. 779

Nr. 187.

Magdeburg, Sonnabend, den 12. August 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Bäckstubegeheimnisse.

Vom 14. bis 16. August tagt in Magdeburg der Verbandstag der deutschen Bäcker-Innungen Germania. Er wird sich, wie wir bereits nachgewiesen haben, außer mit fachgemerklichen Fragen auch mit Fragen beschäftigen, welche die Arbeiter interessieren. Es gelangt ein Antrag des Zweigverbandes Norden auf Bildung eines allgemeinen Streikabwehrfonds zur Verhandlung. Weiter werden die Sonn- und Festtagsruhe, die Einführung des gesetzlichen Ladenschlusses, sowie die der Maximalarbeitszeit und dessen „Schädigungen“ im Bäckergewerbe eingehend erörtert und im Anschluß an letztere auch der Würzburger Bäckervertrag und die sozialdemokratische Agitationsweise beleuchtet werden.

Wir ahnen schon im voraus, daß die „sozialdemokratische Agitationsweise“ einer sehr abfälligen Kritik unterzogen wird; das kann uns aber nicht abhalten, unsere Meinung zu sagen. Wir thun dies in der Hoffnung, daß der Innungstag seinerseits die gerechten Beschwerden des Publikums, sowie der Bäckereiarbeiter untersucht und Vorkehrungen trifft, die Uebel zu beseitigen. Auch die Bäckereiunternehmer müssen ein lebhaftes Interesse daran bekunden, daß Ordnung und Reinlichkeit in ihren Betrieben obwaltet und eine Schädigung derselben durch unlautere Manipulationen sowie menschigen- und unwürdige und gesundheitschädliche Zustände verhütet werden.

Es ist keine besonders appetitliche Aufgabe, Mißstände im Bäckergewerbe zu schildern. Es gehört ja zu den ekelhaftesten Vorfällen, sich denken zu müssen, daß bei Zubereitung des Brotes, das wir essen, nicht mit peinlichster Sauberkeit verfahren sein sollte. Aber die Enthüllungen, die im Laufe der Zeit über Bäckstubeverhältnisse gemacht worden sind, gestatten es nicht, die Augen zu schließen und aus Scheu vor unappetitlichen Schilderungen von den Geheimnissen der Bäckstube zu schweigen. Nur eine offene Aussprache, eine ungeschminkte Darstellung kann ja zur Abstellung der Mißstände führen, die die Schweinereien in manchen Bäckereibetrieben zur Folge haben.

Wir wollen heute aus dem Material, das über Bäckstubeverhältnisse zu Gebote steht, nur das vorführen, das ein einziger Prozeß, allerdings ein schon berühmt gewordener, zu Tage gefördert hat. Im vorigen Jahre traten die Würzburger Bäckergehilfen in eine Lohnbewegung ein. Ihre bescheidenen Forderungen wurden aber von den Bäckern in ihrer Form zurückgewiesen. Als dann alle Bemühungen der Gehilfen, die Herren Meister zur Regelung der Differenzen zu bewegen, vergeblich gewesen waren, veröffentlichte der Vorsitzende der Lohnkommission ein Flugblatt, in dem er das Publikum über die Bäckereizustände in Würzburg aufklärte. Durch dieses Flugblatt fühlte sich die Bäckerei schwer beleidigt, und die Innungsmeister liefen zum Kadi. Bei der Verhandlung aber wurden zeugeneidlich solche Zustände in Würzburger Bäckereien erwiesen, daß das Gericht für die in dem Flugblatt behaupteten Mißstände den Wahrheitsbeweis für erbracht ansah und den Angeklagten freisprach.

Unter anderem deponierte ein Zeuge, daß bei dem Bäckmeister U. gelegentlich der wöchentlich ein- bis zweimal erfolgenden Mehllieferung das auf dem Boden liegende mit Sand und Schmutz vermengte Mehl durchgeschiebt und mit dem Roggenmehl vermengt und zu Brot verbacken wurde. Die Vermengung des unaußeren Mehles mit dem guten geschah im direkten Auftrag U's. Nicht weniger denn 16 Wochen lang wurde keine frische Bettwäsche verabsolgt. In einem Zimmer wurden in fünf Betten sechs Personen zusammengeschoben. Das „Zimmer“ war so klein, daß stets je 2 Betten aneinandergestellt werden mußten, und trotzdem blieb kaum noch ein Zwischenraum übrig, um einem Menschen den Durchgang zu ermöglichen. In der ganzen Woche wurde pro Person 1 Handtuch verabreicht.

Bei dem Bäcker Pf. wurde ebenfalls das Fußbodenmehl zu Brot verbacken. Es entstand durch das Einsteifen des verunreinigten Fußbodennehles ein schmutziger Fleck auf dem Mehlaufhaufen, den Pf. selbst dadurch beseitigte, daß er das verriebene schmutzige Mehl mit dem anderen vermengte.

Bei dem Bäckmeister Sch., so deponiert ein Zeuge, wurden in der Bäckstube Kinderwindeln getrocknet. Bei dem Eintritt des Gehilfen wurde die Bettwäsche nicht gewechselt und während dessen dreiwöchentlicher Beschäftigung blieb die Wäsche die gleiche.

Das Dienstmädchen des Bäckmeisters W. benützte einen Eimer, in dem Milch und Wasser zu Backzwecken zusammengemacht und in dem auch die Hände gewaschen wurden, zum Aufwaschen von Böden.

Bei dem Bäckmeister R. hat der Handwassertübel derart gestunken, daß sich der Gehilfe davor ekelte, das Gesicht darin zu waschen. Er wusch sich dann im Backkübel. Sieben Wochen lang wurde hier kein Bett mit frischer Wäsche versehen, Tisch, Stuhl und Waschbecken waren im Zimmer der Gehilfen nicht vorhanden; auch mußten zwei Mann in einem Bett kampieren. Das Waschbecken hat R. den Gehilfen überhaupt weggenommen, weil diese angeblich das Wasser nicht ausgeleert haben sollen. Sie mußten sich daher größtenteils in den Backgefäßen waschen.

Ein gehöriger Schweinestall existierte bei dem früheren Bäckmeister R. Dort hatten vier Mann ein „Zimmer“ und zwei Mann, ein Lehrling und ein junger Geselle, ein Bett. Diese beiden trieben Unzucht miteinander, die eben nur durch das Zusammenpferchen erweckt und gefördert wurde. Ein mit Läusen behafteter Bürsch schlief mit einem anderen zusammen. R., von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt, that nichts zur Abstellung der Schweinerei, sondern beschäftigte den Bürsch ruhig weiter. Erst die Gehilfen sorgten für Abhilfe. Auf den Vorhalt, daß es nicht rätlich sei, zwei Gesellen in einem Bett schlafen zu lassen, sagte R.: „Wenn sie es nicht thun wollen, so schicke ich einen fort.“ In einem Vierteljahre wurde hier das Bett ein mal frisch überzogen.

Als sie gerade keine Bürste zur Hand hatte, ließ sich die Frau des Bäckmeisters S. von einem Gehilfen, der gerade mit dem Putzen von Backgefäßen beschäftigt war, dessen hierzu benötigte Bürste geben und setzte damit den Nachttopf.

In dem Betriebe des Bäckmeisters S. ließ das Abrohrrohr direkt über den Backrog. Das Rohr tropfte und die saftige Flüssigkeit ergoß sich in den Backrog, der zur Broterzeugung diente. Hier hatten ebenfalls vier Mann drei Betten. Außerdem wurden alle Becken zusammengemahlen und in zwei Partien in das Brot verbacken. — Bei dem Bäckmeister D. ließ die Reinlichkeit in der Schlafkabine mehr denn alles zu wünschen übrig. Die Bäckstube war so dunkel, daß den ganzen Tag das Licht gebrannt werden mußte. Die Arbeitszeit ging weit über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus. Zwei- bis dreimal in der Woche mußte von abends 8 Uhr bis anderen Tages um 2 bis 3 Uhr gearbeitet werden. Auch anderswo haperte es mit der Einhaltung der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit ganz bedenklich.

Der Bäckmeister H. ließ das Bett eines Gehilfen drei Monate lang liegen, bevor es mit neuer Wäsche versehen wurde.

Das Wasserschiff in der Bäckstube des Bäckmeisters R. schwamm voll Rufen und Schweben. Trotzdem wurde das Wasser zur Broterzeugung verwendet.

Bei dem Bäckmeister J. ist es nach übereinstimmender Aussage von drei Zeugen am lustigsten zugegangen. Dort stand der Mehllasten in direkter Nähe der Abrohröhre. Diese froz zu und plakte in der höheren Stage. Durch die Decke rann die schmutzige Masse im Verein mit der an den Wänden ablaufenden in den gefüllten Mehllasten, so daß hier ein ganzer Brei entstand. Nachdem die „Bägen“ entfernt waren, wurde Brot aus dem veresteten Zeug gebacken. Auch Sauerteig, der nach dem Gutachten eines Zeugen bereits in Fäulnis übergegangen war, ist wieder zur Broterzeugung verwendet worden.

Das ist eine kleine Musterkarte von skandalösen Verhältnissen, die ein einziger Prozeß ans Tageslicht gezogen hat. Diese appetitlichen Zustände sind selbst bürgerlichen Blättern zu arg gewesen; sie sind in dem Neuen Münchener Tageblatt wie folgt angezeichnet:

Und die Würzburger Gießel hat'n schönes Geläut, und an Würzburger Gebäck hat a jeder a Freud.

Der Bäcker Sch. hat Frau und hat Kindel, der wäscht in der Bäckstüb' die schmutzige Windel.

Und ander' legt Rehrich, was will er bezwecken? Er bäckt aus dem Rehrich die Semmeln und Beden.

Beim dritten ist nur ein Eimer zur Stelle, d'rin wäscht sich mit Seife der munt're Geselle.

In selbigen Eimer kommt d' Milch dann hinein, die soll für die schmuckhaften Milchbrote sein.

Der vierte, der nimmt eine Bürste zur Hand, damit legt er den Backrog, das macht er scharmant;

Die Bürste, die dient auch zu anderem Zwecke, der — der gänglich verschieben vom Zweck der Gebäck.

Und a Bissel a Mehl und a Bissel a Spreu und a Bissel a Urat is all weil dabei.

Und die Würzburger Gießel erfreu'n das Gemüt, und zu Würzburger Gebäck wünscht i' guten Appetit!

Ein liebliches Bouquet; es riecht so stark, daß sogar Graf Posadowsky im Reichstag aus Anlaß des Würzburger Falles erklärt hat, er wolle erwägen, ob nicht in der That generelle Verordnungen notwendig seien, um die sanitären Verhältnisse in den Bäckereien im Interesse des Publikums in höherem Maße sicher zu stellen als bisher.

Dem Verbandstag liegt also eine ungeheure Arbeit vor, die der Erledigung harzt, hoffen wir, daß er sie im Sinne des Publikums sowie der Arbeiter erledigt.

Und darum Willkommen in Magdeburg!

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der Kaiser, umgeben von dem Reichskanzler, dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums, dem Eisenbahnminister Thielen und anderen Würdenträgern, wird am Freitag der Kanalfreier in Dortmund bewohnen. Der Magistrat der Stadt Dortmund hat noch neuerdings eine Eingabe an die beiden Häuser des Landtages gerichtet, worin er entschieden für den von der Regierung befristeten Mittelkanal im Gegensatz zu dem jetzt von den Konservativen empfohlenen Röhrenkanal eintritt und die jetzt geplante Entwicklung des Kanalwesens an wirtschaftlicher Bedeutung mit der Gründung des Zollvereins auf dieselbe Stufe stellt. Die Volkszeitung erwartet, daß der Kaiser durch eine Rede die noch „dunkle Lage“ klären werde. Wir werden also wohl morgen eine Rede des Kaisers wiedergeben können.

Den Kanalgegnern ist durch die anscheinend fester Haltung der Regierung die Butter vom Brote gefallen. Sie fürchten sich vor einer Auflösung des Landtags. Die deutsche Tageszeitung sucht bereits die „Unmöglichkeit einer Auflösung“ durch die Versicherung darzutun, daß die Regierung aus dem Wahlkampf nur siegreich hervorgehen könne, „wenn es ihr gelänge, die Sozialdemokratie zu einem Kanal- und Wahlbündnisse mit den Kanalfreunden allerorten zu veranlassen.“ Im übrigen gesteht die Deutsche Tageszeitung zu: „Eine Hinausschiebung der Entscheidung nicht, wie die Dinge jetzt liegen, sehr wenig. Vor Wochen wäre sie möglich, nützlich und geboten gewesen, jetzt ist die Entscheidung kaum aufzuhalten.“ Da wären wir also ganz einig. Uebrigens brauchte die Regierung kein „Bündnis“ der Sozialdemokratie mit den Kanalfreunden nicht zu veranlassen — dies käme ganz von selbst.

Bezüglich der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen mittelbare Staatsbeamte, die direkt oder indirekt die Sozialdemokratie unterstützen, hat nach der Germania die weimariische Regierung sich in Gegensatz zu dem Berliner Oberverwaltungsgericht gestellt indem sie jedes Vorgehen ablehnte. Es handelte sich hierbei um die öffentliche Aufforderung, bei einer Reichstagswahl dem Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Wir bezweifeln, daß dieses Vorgehen der weimariischen Regierung Nachahmung finden wird. — Die Volkszeitung bemerkt hierzu: „Die weimariische Regierung wird aus der Geschichte der Sozialdemokratie gelernt haben, daß man durch solches Vorgehen die Sozialdemokratie wider Willen nur fördert, nicht hemmt.“ Ob es wahr ist? —

Warum immer diese? Zu der Thatsache, daß der Geheime Regierungsrat Direktor Knack den Reichstagspräsidenten wegen der bekannten „Korrektur“ um Verzeihung gebeten habe und daß die Sache angeblich damit erledigt sein soll, bemerkt die Posener Zeitung: „Wie sich Herr Direktor Knack mit dem Grafen Balleskrem auseinandersetzt, ist Sache der beiden Herren. Die Angelegenheit ist aber von eminentem öffentlichen Interesse und darf nicht hinter den Kulissen verhandelt werden. Wie oft mögen solche Klendungen an den angeblich „authentischen Urkunden“ bereits vorgenommen worden sein, und wie kommt Herr Knack dazu, aus eigener Initiative den Reichstagspräsidenten zu korrigieren? Sollte das der Herr Bureaubirektor wirklich gethan haben, ohne in dieser Richtung einen Impuls von oben empfangen zu haben? Jedenfalls muß durch eine rücksichtslose Erörterung der Wiederholung Knackscher Eigenmächtigkeiten vorgebeugt werden, und die Sozialdemokraten — warum immer diese? — erwerben sich ein Verdienst, wenn sie das schändliche Gespinnst zerreißen, das über den peinlichen Fall gewoben werden soll.“ Ja, „warum diese?“ Nun, die Sozialdemokratie hat sich stets als die beste Stütze gegen die Reaktion bewährt und wird auch in diesem Falle dem Rechtsbewußtsein des Volkes Ausdruck geben, unbedrückt anderer Parteien und Personen. —

Das Urteil des Berliner Landgerichts in Sachen der Klage des sächsischen Justizministers gegen den Vorwärts und seine Begründung fordert, wie die Deutsche Tageszeitung meint, eine grundsätzliche Erörterung im Reichstage geradezu heraus. Das Bündlerblatt meint: Die Reichsjustizverwaltung wird dann nicht umhin können, sich darüber zu äußern, ob sie auf dem Standpunkte des betreffenden Berliner Gerichts stehe oder nicht. — Wir freuen uns schon heute auf diese Auseinandersetzung. —

Die Ueberflüssigkeit der Buchdruckvorlage ist indirekt anerkannt worden durch ein Gericht in Mannheim. Es sprach drei Zimmerleute, die angeklagt waren, sich bei Gelegenheit des vorigen Zimmerstreiks gegen § 153 der Gewerbeordnung verhalten zu haben, mit der Begründung, daß in dem Verhalten der Angeklagten keine Drohung im Sinne des Gesetzes sei. In dem Urteil wurde hervorgehoben, daß der Gesetzgeber durch die hohe Strafe, die für ein verhältnismäßig geringes Vergehen in der Gewerbeordnung vorgesehen sei, den Gerichten die Pflicht auferlegt habe, dergleichen Fälle besonders genau zu prüfen und sich bei der Urtheilung in scharfen Grenzen zu halten. Wir und alle einsichtigen Sozialpolitiker haben stets darauf hingewiesen, daß die Arbeiter durch § 153 der Gewerbeordnung schon unter ein Ausnahmegesetz gestellt und Handlungen mit hoher Strafe bedroht sind, die bei anderen Personen überhaupt nicht als strafbar gelten. Für um so unberechtigter mußten wir es erklären, daß man versucht, durch ein neues Ausnahmegesetz nicht nur neue Arbeiterstrafthaten zu konstruieren, sondern auch noch höhere und gar entehrende Strafen festzusetzen. Es ist erfreulich, daß auch ein Gericht dieser Meinung unverböhlten Ausdruck giebt.

Der Centralverband der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands hat am Mittwoch in Elberfeld seine erste Hauptversammlung abgehalten. Nach der Entgegennahme des Geschäftsberichts beriet die Hauptversammlung über einen einheitlichen Mietsvertrag. Die Herren scheuten sich hierüber öffentlich zu verhandeln. Die Vertreter der Presse waren von dieser Sitzung ausgeschlossen.

Der deutsche Bund der Impfsgegner, an dessen Spitze der Antisemit Prof. Förster steht, ladet zu einem Weltkongress zur Beratung der Impffrage für den 24. und 25. September alle Impfsgegner nach Berlin ein.

Die **Neuwahlen zum Waldecker Landtage** sind auf den 25. September festgesetzt worden. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt 15.

Rückständigen Caprivismus, diesen furchtbaren Vorwurf wirft die jetzt sehr rabiate Korrespondenz des Bundes der Landwirte dem Kaiserlich Statistischen Amt vor. Dasselbe hat sich nämlich erdreistet, über die Landwirtschaft wahre Angaben zu verbreiten. Der Bericht des Amtes über die Ergebnisse der Berufszählung von 1895 stellt fest, daß die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen von 43,5 Prozent aller Erwerbsthätigen in 1882 auf 37,5 Prozent in 1895 zurückgegangen ist, während die Zahl der in der Industrie Beschäftigten von 33,7 Prozent in 1882 auf 37,4 Prozent in 1895, und die Zahl der im Handel und Verkehr Beschäftigten noch stärker gestiegen ist. Das ist an sich schon ein unverzeihliches Vergehen. Die Doppelseite des Bundes, die einerseits in herzerregende Klagen über die Venienot auf dem Lande sich ergießt, will andererseits um Himmelwillen nicht feststellen wissen, daß das paradiesische Leben, das die Leute auf dem Lande, und zumal bei den Herren Junkern führen, nicht imstande ist, sie zu fesseln. Nun aber hat sich der amtliche Bericht nicht damit begnügt, die Thatsachen einfach zu konstatieren, er hat sich sogar erdreistet, folgende erklärende Bemerkungen anzufügen: Diese Verschlebung in der Berufszählung zu Ungunsten der Landwirtschaft liegt in der Natur der Sache. Der Boden ist unvermehrbar, es kann immer nur eine beschränkte Zahl von Ständen sich betätigen, eine begrenzte Anzahl von Menschen sich ernähren. — Eine weitere Zerstückelung des Grundeigentums, der Uebergang zu neuen Kulturen, die einem neuen Kreis von Personen Beschäftigung eröffnen, vermag hierin wenig zu ändern, weil letzteres weder rath noch in erheblichem Umfang möglich ist. Was in der Landwirtschaft keine Beschäftigung findet, muß also abwandern, sei es in andere Länder, sei es in andere Berufe. Ist die Abwanderung aber naturwidrig, so kann nicht davon gesprochen werden, daß durch sie die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft eine wesentliche Einbuße erlitten habe. Die landwirtschaftliche Betriebs- und die Einzelkultur beweisen, daß dank der intensiveren und die Erzeugnisse der modernen Technik auszunutzen bewirtschaftung hinsichtlich der geringeren Mengen an landwirtschaftlichen Produkten insbesondere an Getreide, eine erhebliche Steigerung seit 1882 abgesehen wie im Verhältnis zur Aubaufschneide erzielt wurde, wenn sie auch angesichts der Vermehrung der Bevölkerung keineswegs hinreicht, den Bedarf des Landes vollständig zu decken. Müßen demzufolge noch weitere und größere Mengen vom Auslande zugeführt werden, so wird diese Abhängigkeit doch weit gemacht und überwogen durch die Entfaltung, welche Gewerbe und Handel des Reichs in Laufe der letzten Jahrzehnte genommen haben, und wodurch sie es betriebsmäßig, ihrerseits das Ausland zu einer ungehobenen Abnehmerin ihrer Waren zu gewinnen. Damit verbindet sich den Kräfte, welche nicht genügende oder losbare Beschäftigung in der Landwirtschaft finden, die Selbsterhaltung, auf industriellen Gebiet produktiv thätig zu sein, es brauchen nicht Menschen (lebendige Volkshäuf), sondern von ihnen gefertigte Waren aus Auslande abzugehen zu werden, die Konsumfähigkeit der Massen würde gewahrt und dadurch für einheimische Produkte der Landwirtschaft und der Industrie ein weites und zugleich sicheres Abnahmefeld erschlossen. Man begreift die jähwellige Wut des Bändlerorgans: Wird doch hier als letztes Wort amtlicher Erhebungen das verkündet, was von Seiten der Junker stets gegen die Selbstgenügsamkeit vorgebracht wurde, und was hier nun von den Agrarier völlig verständig gegenüber den Empfindungen der heimischen Landwirtschaft vorgetragen werden. Unsere Gewässer werden gut daran thun, sich die amtlichen Aufstellungen zu merken und sie vorzubringen, wenn wieder ein-

mal vom Regierungstisch das nationale Interesse mit der Rentabilität der Landwirtschaft identifiziert wird. Uebrigens enthalten die Bemerkungen auch manches, was sich diejenigen merken können, die neulich das Dogma verkündeten: „Die soziale Frage ist nur vom Lande her lösbar.“

Nachrichten aus dem Auslande.

Der Kampf gegen den Verfassungsbruch wird in Oesterreich munter fortgesetzt. Von der amtlichen Wiener Zeitung sind am Mittwoch 68 Konfiskationserkennnisse seit dem Inkrafttreten der Erhöhung der Zuckersteuer auf Grund des § 14 veröffentlicht worden. Es fanden im ganzen 304 Konfiskationen von Zeitungen seit dem 20. Juli statt. — Der Verband der österreichischen Baumwollindustriellen richtet an seine Mitglieder ein „vertrauliches“ Rundschreiben, in welchem zur energischen Abwehr gegen die Einführung des Zehntundentages aufgefodert wird. Diese „Abwehr“ wird auch die Arbeiter zum entschiedenen Widerstande aufmuntern.

In Serbien macht es der Regierung doch viele Mühe, Beweise gegen die der Verschwörung Angeklagten zu sammeln. Namentlich gegen Paschitsch scheint so gut wie garnichts vorzuliegen. Außer seiner persönlichen Bekanntschaft mit dem angeblich arg bloßgestellten Obersten Nikolsch wird gegen ihn nur ein in seiner Wohnung vorgefundenes Photographum jenes Briefes Milans an den verstorbenen Kaiser Alexander III. ins Treffen geführt, in dem sich ersterer nach Empfang der vielbesprochenen zwei Millionen Rubel unter Ehrenwort feierlich verpflichtete, niemals in seinem Leben nach Serbien zurückzukehren. Zur Begründung seiner Teilnahme an der „Verschwörung“ ist dies nun offenbar ein sehr magerer Beweis. Als Beweis, daß nur recht magerere Beschuldigungen gegen die Radikalen vorliegen, kann auch die von uns bereits gestern angekündigte Anordnung gelten, durch welche der Prozeß wegen des Attentats gegen Milan um 20 Tage vertagt worden ist.

Der serbische Minister des Innern Jefram Andonovich und der Volkswirtschaftsminister Sima Lojanich haben abgedankt. Ueber ihre Ersetzung werden Verhandlungen mit mehreren Staatsmännern gepflogen.

Auf den Philippinen wird General Merritt das Oberkommando erhalten. General Otis soll Militärgouverneur der Stadt Manila werden. Gegen Oktober werde, so heißt es, die Armee der Vereinigten Staaten auf den Philippinen 48 000 Mann stark sein. Ihre Operationen würden sich zuerst gänzlich auf die Insel Luzon beschränken. Nach langem Zwischenraum hat General Otis wieder einmal eine Siegesnachricht nach Washington gemeldet. Er telegraphierte dem Kriegsamt, Mc Arthur habe an der Spitze seiner fliegenden Kolonne San Fernando wiedererobert. Die Philippinen, etwa 6000, wurden in der Richtung auf Angeles zurückgeworfen. Ihr Verlust ist erheblich, der amerikanische Verlust beträgt etwa 40 Tote und Verwundete. Mc Arthur setzte seinen Vorstoß auf Angeles fort, das sofort angegriffen werden soll.

Die Regierung von Transvaal sucht die Entscheidung über den Vorschlag der englischen Regierung in betreff Einsetzung einer gemischten Kommission möglichst hinauszuschieben. Das Reutersche Bureau berichtet aus Pretoria vom Mittwoch, die Antwort der Regierung von Transvaal auf die Depesche des Ministers Chamberlain sei noch nicht abgegangen. Die Regierung sehe die Angelegenheit als so wichtig und weittragend an, daß sie es für rathlich halte, den Gegenstand in weitere reifliche Erwägung zu ziehen. Es würde möglicherweise eine Woche vergehen, bis eine endgültige Antwort abgehe.

Prozeß Dreyfus.

Kennes, den 10. August 1899.

Fortsetzung der geheimen Sitzung.
Die Vorführung Dreyfus' geschah in gleicher Weise wie an den vorangegangenen Tagen. In der Sitzung hat General Chamoin die übrigen Dokumente des militärischen Geheimaktenstücks vorgelegt. Paléologue begann sodann seine Ausführungen über das diplomatische Geheimaktenstück. Dem Jigaro zufolge lehnte sich der Vorsitzende des Kriegesgerichts dagegen auf, für die Prüfung der Geheimakten 5 Tage zu bewilligen. Es befürchtete sich, daß die weiteren öffentlichen Verhandlungen nur vormittags stattfinden werden. Der Vorsitzende beabsichtigt, sich die Nachmittage zur Vorbereitung frei zu halten.

Protest gegen die geheimen Sitzungen.
Der Magdeburger wird aus Paris telegraphiert: Die gesamte Revisionspresse protestiert gegen die lange Dauer der geheimen Sitzungen und gegen die übertriebene Bedeutung, die das Kriegesgericht den Geheimakten beilegt. Der Kassationsrat, der letztere bis auf die kleinsten Einzelheiten kennt, erklärt, die Welt würde über den vom Generalstab angehängten Anhang erstaunt sein, wenn die Verhandlung öffentlich wäre. Gegenüber einem Vertreter des Jigaro wiederholte Demange die Versicherung, die Prüfung der Geheimakten sei für Dreyfus so günstig als möglich.

Dreyfus.
Dreyfus ist körperlich sehr schwach; seine einzige Nahrung sind zwei Liter Milch und zwei rohe Eier täglich.

Zukunft.
Nach Schluß der Mittwochssitzung gab es in Kennes schwere Tumulte, für welche sowohl von revisionistischer als von revisionistischer Partei die Gendarmerie verantwortlich gemacht wird, die, ohne zu wagen, auch in die Journalisten hineinzuziehen und es dabei besonders auf Zeichner und Photographen abgesehen hatte.

Aus der geheimen Verhandlung am ersten Tage.
Der Kassationsrat wird über den ersten Tag der geheimen Verhandlung berichtet: Der Angeklagte soll sich

zu wiederholten Malen mit bemerkenswerter Energie und großer Klarheit gegen die in den Schriftstücken enthaltenen Anklagen verteidigt haben. Das Dossier enthielt u. a. einen Bericht über die Organisation des Spionagebüros und der Gegenespionage, die das Kriegsministerium in Frankreich und im Auslande unterhält. Mehrere Schriftstücke bezeichnen Dreyfus mit Namen, andere spielen auf ihn an. Ein Schriftstück trägt den Vermerk, daß es in Berlin beschlagnahmt worden sei, und es soll von einem Berichte begleitet sein, der die Umstände darlege, unter denen Dreyfus ein sehr wichtiges Schriftstück an Deutschland ausgeliefert habe. Dieses Schriftstück soll durch die Vermittelung einer hochgestellten französischen Persönlichkeit, die in Berlin wohnt, dem Kriegsministerium zugegangen sein. Dieser in Berlin wohnende hochgestellte Franzose soll dem geheimen Aktenmaterial zufolge mit zwei preussischen Generalstabsoffizieren in den besten Beziehungen stehen. Das sogenannte diplomatische Dossier enthält ein Sammelverum von Legenden und Märchen, die so heifler Natur sind, daß selbst die französischen Berichterstatte nicht den Mut haben, sie ihren Lesern vorzusetzen. So schreibt der Berichterstatte des Matin, dieser Teil des Dossiers enthielte eine Menge von Schändlichkeiten, an die man nicht einmal rühren könne, man müsse sich denn dabei der lateinischen Sprache bedienen. Mir steigt, sagt der Berichterstatte, die Schamröthe auf, wenn ich nur an diese Anschuldigungen denke. Wenn meine Auskünfte darüber richtig sind, so wird einzig und allein durch die Aufdeckung dieses Dossiers die Unschuld Dreyfus' ipso facto klar an den Tag treten, denn gegen einen Mann muß notwendigerweise nichts anderes vorliegen, wenn man gegen ihn solche Schändlichkeiten erdenken kann. Die weiteren Mitteilungen dieses Berichterstatte beziehen sich auf die Familie eines hochgestellten Diplomaten.

Nachrichten aus Magdeburg.

Die Listen der stimmfähigen Bürger unserer Stadt werden vom 15. d. Mts. ab bis zum 30. in den Dienststunden von 9 bis 12 und 3 bis 5 Uhr in den Rathhäusern der Altstadt, Sudenburg, Neustadt und Buckau zur Einsichtnahme ausliegen. Einwendungen gegen diese Listen können nur berücksichtigt werden, wenn sie in der angegebenen Zeit gemacht werden.

Der Protest der Volkstimme gegen die Nicht-einführung des 10 Pfennig-Tarifs auf der hiesigen elektrischen Bahn, dem sich nur der Central-Anzeiger anschloß (Magdeburgerische Zeitung und General-Anzeiger fanden nur Entschuldigungen für die Straßenbahngesellschaft) hat seine Wirkung gehabt. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde die Angelegenheit zur Sprache gebracht und allgemein verurteilt. Mit Genugthuung konstatieren wir, daß auch der Herr Oberbürgermeister den von uns eingenommenen Standpunkt vertrat. Welche Mißstimmung gegen die Straßenbahngesellschaft obwaltete, geht daraus hervor, daß einzelne Stadtverordnete die Dauerlaubnis für das Grundstück der Straßenbahngesellschaft an der Herrenstr.-Chaussee verweigern wollten. Stadtv. Schmidt 4 betonte, daß die Straßenbahn größere Rechte für ihr Bauprojekt verlangt, andererseits aber ihre Pflichten der Stadt gegenüber noch nicht erfüllt habe. Die Gründe, welche die Straßenbahngesellschaft vorbringe, seien nicht stichhaltig; sie stütze sich dabei auf den Vertrag, den sie so auslege, daß sie erst zum 1. Januar 1900 den Zehnspfennigtarif einzuführen brauche. Jeder habe aber erwartet, daß mit Einrichtung des elektrischen Betriebes auf einer Strecke auch der Zehnspfennigtarif eingeführt werde. Daß dies nicht geschehen sei, könne man nur bedauern. Eine solche elende Pfennigschere erzeuge nur Mißtrauen und Haß. Auf der anderen Seite hätte die Straßenbahn sich durch ein Entgegenkommen ihrerseits großen wirtschaftlichen Vorteil für ihr Unternehmen sichern können. Wenn auf den Engpaß an der Weiterstraße hingewiesen sei, so wünsche er die Befreiung des Engpasses an Ulrichschor, wo es gewiß zu vielen Unglücksfällen kommen werde. Die Stadtverordneten haben die Verantwortung für den Verkehr mit zu tragen. Redner verlangte, daß es der Gesellschaft nicht anheimgegeben wird, den Tarif sobald als möglich einzuführen, sondern daß es ihr zur Pflicht gemacht wird. In demselben Sinne äußern sich die Stadtv. Niemann 2, Ddemar, Duschstein, Schwarzkopff und Jänich. Der Herr Oberbürgermeister Schneider betonte, daß jedermann erwartet habe und auch habe erwarten dürfen, daß überall da, wo der elektrische Betrieb eingeführt wird, auch der Zehnspfennigtarif in Geltung tritt. Dem Geist des Vertrages würde das entsprechen, wenn vielleicht auch nicht dem Buchstaben des Vertrages. Die Gesellschaft hätte im eigenen wirtschaftlichen Interesse Flug gebandelt, wenn sie von selbst ihrer moralischen Verpflichtung nachgekommen wäre. Die Bedenken wegen des starken Verkehrs halte auch er für unbegründet. Er möchte empfehlen, in einer Resolution die sofortige Einführung des Zehnspfennigtarifs auf allen elektrischen Linien und eine Prüfung bezüglich der Verstärkung des Verkehrs nach dem Westfriedhof zu verlangen. Diejem Verlangen gemäß beantragte Stadtv. Niemann 2, den Magistrat zu ersuchen, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß 1. die Straßenbahn auf allen elektrischen betriebenen Strecken den Zehnspfennigtarif sofort einführt und daß sie 2. auf der Strecke zum Westfriedhof in der Zeit von 9 bis 6 Uhr den Sechsminutenbetrieb einführt. Stadtv. Schwarzkopff beantragt, den Magistrat zu ersuchen, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß der Zehnspfennigtarif auf allen Linien möglichst bald eingeführt wird. Dieser Antrag, sowie Antrag 2 des Stadtv. Niemann 2 wurden mit großer Majorität angenommen. Wir sind mit dem Abschluß unserer Agitation zufrieden.

Ohne Wirkung blieb unsere Agitation gegen die Abhaltung des Sedanfestes, da wird noch manches kräftige Wortlein gesprochen werden müssen. Bekanntlich hatte der Magistrat beschlossen, am Sedanstage dieses Jahres die Schulfeier wie in den Vorjahren stattfinden zu lassen. Ein Festgottesdienst soll seitens der städtischen Behörden nicht veranstaltet, jedoch das Rathaus mit reichlichem Fahnen Schmuck versehen werden. Der Magistrat ersucht deshalb die Stadtverordneten-Versammlung sich hiermit einverstanden zu erklären und zu den Kosten der Schulfeier den Betrag von 1220 Mark aus Titel Insgeheim des Kammer- u. Haushaltsplans für 1899 zu bewilligen. Der Antrag wurde von dem Stadtv. Bänich begründet. Stadtv. Bogt ersuchte um Ablehnung und wies auf die selbst von seiten des Magistrats vorgenommenen Einschränkungen der Feier hin, womit doch sicherlich festgestellt ist, daß man dem Feste nicht mehr die Bedeutung beilege, wie dies früher geschehen ist. Zudem trägt die Aufhebung der Feier sehr viel zum Freundschaftsbündnis mit unserm weltlichen Nachbar bei. Der Antrag des Magistrats wurde jedoch mit großer Mehrheit angenommen.

Eine längere Debatte rief die Abhaltung des Breitenweges, sowie die Anlegung eines Verbindungsweges zwischen der Neustadt und der Wilhelmstadt während der Dauer der Sperrung am Eisenbahnübergang hervor. Am Breitenwege gelegene Geschäftsleute hatten um Beilegung der Arbeiten gebeten. Es wurde aber ablehnend festgestellt, daß die Firma ihren Verpflichtungen nachgekommen sei und eine Ueberstürzung der Arbeiten sich später sehr rächen und der Stadt ungeheure Kosten verursachen würde. Auf eine Anfrage des Stadtv. Schmidt 4 über die Leistungsfähigkeit der Firma erfolgte eine befriedigende Antwort. Zum andern Punkt verlangten einige Neustädter Einwohner die Pflanzung des Inslebener Weges bis zur Steinbühlstraße. Das frühere Projekt, längst der

Bahn eine Straße anzulegen, haben die Herren wieder fallen gelassen — wir hatten uns bereits gleichfalls dagegen ausgesprochen. Auch das neue Projekt wurde von dem Stadtv. Schmidt & 4 bekämpft. Es läßt sich nicht der Allgemeinheit, sondern nur einigen Fleischhackern zu Gute, die nach dem Schlachthof fahren und deshalb der Stadt 30—40000 Mk. aufzubehalten, sei nicht angängig. Ganz mit Recht hob der Stadtrat Dehler hervor, daß der Umweg über die Steinbrücken- und Ebnendorferstraße größer sei als der über die Hohenstraße. Der Inspektionsweg verlaufe so ungeeignet als möglich für eine Verbindungsstraße. Er münde auf die Steinbrückenstraße, die nicht gepflastert sei, auch in diesem Jahre nicht gepflastert werden könne, weil sie im nächsten Jahre des Eisenbahnüberganges wegen beträchtlich gesenkt werden müsse. Die Pflasterung des Feldweges in einer Breite von 4 1/2 Meter werde sich allenfalls ermöglichen lassen; sie werde aber nicht ganz billig sein. Werde gepflastert, so sei auch Unterhaltung, Beleuchtung und Aufsicht nötig, und das koste wieder Geld. Der Herr Oberbürgermeister Schneider hielt es für falsch, im Interesse einiger weniger Fuhrwerksbesitzer der Allgemeinheit ein erhebliches Opfer aufzuerlegen. Die Neubürger möchten sich doch nur die vorübergehende Störung gefallen lassen. Die Arbeiten sollten, so habe die Eisenbahnverwaltung erklärt, derart beschleunigt werden, daß sie im nächsten Sommer beendet seien. Er hat über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen. Schließlich wurde mit knapper Majorität eine Kommission gewählt zur Prüfung der Eingabe und der Verhältnisse der Hohenstraße an Ort und Stelle. Auch an der Pflasterung dieses Weges haben die Neubürger ein lebhaftes Interesse. — Die weiteren Punkte der Tagesordnung bezogen sich auf Bewilligungen für Anschaffung von Schulintusilien, Baulichkeiten, Kanalisierungen, Verschönerungen und dergleichen; sie wurden ohne Debatte genehmigt. — Seitens unserer Vertretung sind an den Magistrat die nachstehenden zwei Anfragen gerichtet:

I. Infolge der Typhus-Epidemie in Böhmen (Sachsen) die Frage aufgeworfen, ob die Stadt Dresden noch länger berechtigt sein soll, ihre menschlichen Exkremente in die Elbe abzuführen. Unterzeichneter erlaubt sich die Anfrage an den Magistrat, ob er nicht mit den übrigen Gemeinden unterhalb Dresdens in Fühlung treten will, zwecks Beseitigung dieser auch für Magdeburg tief empfundene Uebel.

II. In der letzten Zeit sind eine Anzahl Cenfiten, die bisher in der untersten Steuerklasse steueriert, aus derselben gestrichen, ohne daß sie eine Herabsetzung ihrer Steuer beantragt haben. Unterzeichneter erlaubt sich die Anfrage an den Magistrat, unter welchen Gesichtspunkten die Ausschließung dieser Cenfiten aus der Steuerliste erfolgt ist.

Vermutlich werden diese beiden Anfragen in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten beantwortet. Dem Herrn Oberbürgermeister ist in Bezug auf die erste Frage das Besprechungsmaterial überliefert, damit ihn die Beantwortung nicht unvorzubereitet trifft.

Die Befitzer hiesiger Badeanstalten haben sich die in der Volksstimmung bekannt gegebene Verunreinigung der Elbe seitens der Dresdener Dinger-Export-Gesellschaft zu Nutze gemacht. Sie annoncierten: „Baden sie nicht in der Elbe! Baden sie deshalb! (Folgt der Artikel der Volksstimmung).“ Dann heißt es weiter: „Baden Sie daher im Friedrichsbade oder Wilhelmssbade, dort giebt's kein P o m a d e n b ü c h j e n - W a s s e r, sondern stets frische Füllung.“ Wie aus vorstehender Anfrage ersichtlich ist, wird sich die Stadtverordnetenversammlung mit dieser Frage beschäftigen.

Zur Lohnbewegung der Wütcher wird uns geschrieben: Wiederum ist die Zahl der Streikenden bedeutend zurückgegangen. Vergeblich suchen die Innungsmeister bei dem Arbeitsnachweis der Innung Gejellen, so daß die Zahl der noch streikenden Wütcher nicht ausreichen würde, die Nachfragen nach Arbeitskräften zu erfüllen. Bisher ist nur ein zugereifter Arbeitswilliger zu verzeichnen. Aus ihrer Kalamität kommen die Herren bald heraus. Sie mögen den Wohnort bewilligen und sich an den Arbeitsnachweis der Gejellen wenden.

Die Lösung der Tringelberfrage hat ein konservatives Blatt entdeckt. In einem stimmungsvollen Aufsatz, „Nehmet Euch der Kellner an!“, heißt es: „Ein freundliches Wort an einen hin und her gehenden Kellner gerichtet, thut ihm wohl und erschließt sein Herz; ein gutes Buch, das man ihm beim Abschied reicht, hat höheren Wert, als ein glänzendes Trinkgeld.“ Natürlich Traktatliteratur. Wir glauben aber, daß die Kellner um diesen Preis den Kampf um die Tringelberfrage nicht aufgeben.

Aus seinem Amte scheidet der Direktor vom Krupp-Grußwerk Herr Klempner zum 1. Oktober d. J., um alsdann die Funktionen des ersten Direktors der Gewerkschaft von Löwe u. Co., Berlin, zu übernehmen. Der erste kaufmännische Direktor des Budauer Werks, Herr Dohmann, ist in den Ruhestand getreten und dessen Posten durch den Herrn Direktor Sorge aus Essen besetzt worden.

Mit der Zunahme der Entschädigungspflichtigen Arbeiter (siehe gestrige Nummer: „Ein wertvolles Geschäft“) beschäftigt sich auch der Centralanzeiger, welcher ohne Kommentar die Behauptung der Berliner Politischen Nachrichten nachdruckt: „Da dem Arbeiterwechsel nicht gekennet werden kann, so wird diese Gefahr für die Vermehrung der Unfälle stets bleiben.“ Auch ein „arbeiterfreundlicher“ Standpunkt. Siehe auch die Polemik gegen den Generalanzeiger unter Soziales (Ausland). Zwei gute Seelen.

Café Hohenzollern soll an einen Bremer Hotelier verkauft werden; die Kaufsumme beträgt 1 100 000 Mark.

In großer Lebensgefahr befanden sich am Donnerstag mittag die Fußgänger am Eisenbahnübergang Gröberstraße in der Neustadt. Als 12 Uhr 20 Minuten ein Personenzug, von Neustadt kommend, die Strecke zwischen den beiden Uebergängen Bineburgerstraße-Gröberstraße nach Magdeburg zu fuhr, wurde die Schranke geöffnet, um die Passanten durchzulassen. In demselben Augenblick kam von Magdeburg her ein kurzer Güterzug in g e m ä ß i g e m Tempo. Der Zugführer ließ, offenbar die Gefahr erkennend, kurz hinter der neuerbauten Fußgängerbrücke an der Bineburgerstraße einen Notpiff ertönen, wodurch das Publikum Zeit fand, schleunigt über die Geleise zu kommen. Welches Unglück hätte passieren können, wenn statt des Güterzuges ein Personenzug die Strecke passiert wäre. Auch hier ist

eine provisorische Ueberführung sehr um Platz. Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Aufmerksamkeit der Eisenbahnbehörde auf die Reinigung der Ueberführung an der Bineburgerstraße lenken. Der hier gelagerte Schmutz ist unbedingt zu entfernen und die Treppe täglich zu reinigen.

Unfälle. Der Tischlerlehrling, jetzige Arbeiter Richard P. hat sich durch Begießen mit flüssigem Eisen den rechten Fuß verbrannt. — Der Knabe Fritz B. ist vor der Budauer Bierhalle zwischen zwei Bierwagen geraten und hat dabei eine Kopfverletzung erlitten. — Der Bootsmann Wilhelm L. hat sich bei der Arbeit eine Quetschung des Unterarms zugezogen. Die Verletzten fanden Aufnahme in der städtischen Krankenanstalt. — Der Arbeiter Karl K. ist auf der Eisenbahn beim Befestigen einer Worny von einem eisernen Kasten abgerutscht und hat sich das Schienbein erheblich verletzt, so daß er ärztliche Hilfe in der Sudenburger Krankenanstalt in Anspruch nehmen mußte.

Nachrichten aus der Provinz.

Burg. (Das Bückigungsrecht.) Dieser Tage fand im großen Saale der „Voge“ die diesjährige Lehrer-Konferenz des Bezirkes Burg 1 unter Leitung des Oberpredigers Kunze statt, wozu 50 Lehrer resp. Lehrerinnen erschienen waren. Lehrer Hermann 3 referierte über das Thema: Die richtigen Mittel zur Erzielung einer guten Schulzucht. Die Konferenz erklärte sich mit dem Inhalt des Referats einverstanden und beschloß einstimmig, an die königliche Regierung zu Magdeburg die Bitte zu richten, „darauf hinzuwirken, daß jedem Lehrer, auch dem provisorisch angestellten, wie bisher so auch weiterhin das Bückigungsrecht aus eigener Machtbefugnis zustehet.“ Daß die prägelüblichen Junker für das Bückigungsrecht der Lehrer eintreten, wundern uns nicht, wir bedauern, daß auch Lehrer sich zu einem derartigen Beschluß entschlossen haben.

Halle. (Typhus.) Daß der Fleckentypus in Halle a. d. S. herrsche, wird von dem Magistrat für unrichtig erklärt mit dem Bemerkung, daß diese Krankheit in Halle seit Jahren nicht mehr aufgetreten sei. Es seien nur einige Fälle von Unterleibstypus in der Zeit vom 21. bis 28. Juli d. J. vorgekommen, seitdem jedoch kein neuer Fall.

Halle. (Eine friedliche Lösung der Streitfrage.) Die Lohnbewegung der Steinsejer scheint ohne Aussicht eine befriedigende Lösung zu finden. In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung der beiderseitigen Interessenten, Innung und Gesellensauschuß, wurde der Stundenlohn auf 48 Pfg. festgesetzt.

Mühlhausen. (Erwischte.) Der durchgebrannte 19jährige Hausdiener Stenhardt, der auf einem Fahrrad nach Langensalza gefahren war, wurde dort verhaftet; die mitgenommenen 11 000 Mark in barem Geld und Wechsel fand man noch bei ihm vor bis auf wenige Mark, die er ausgegeben hatte.

Osterwödingen. (Diphtheritis.) Die Diphtheritis geht gegenwärtig in erschreckender Weise in unserem Orte um. Es sind dieser verheerenden Krankheit bereits eine bedeutende Zahl von Kindern zum Opfer gefallen. In einer Familie sind sämtliche 4 Kinder von der Krankheit ergriffen, 2 davon sind an einem Tage gestorben. Ein Schullehrer erkrankte ebenfalls leicht an Diphtheritis, jedenfalls infolge Ansteckung durch Kinder, derselbe ist aber bereits wieder hergestellt. Die Schulen mußten zur Verhütung weiteren Unschgretens der Krankheit am Montag geschlossen werden.

Nachrichten aus dem Reiche.

Düsseldorf. (Der Automat umgestürzt.) Ein etwa 10 jähriger Knabe, der an einem Schokoladen-Automat einen Gegenstand ziehen wollte, wurde von dem niederstürzenden Automaten tödlich verletzt und starb alsbald. Der Vorfall mahnt zu einer vorsichtigen Befestigung der Automaten. Wir empfehlen eine Revision derselben.

Erker. (Raubmord.) Ein Raubmord ist am Mittwoch in dem Dorfe All-Buchhorst entdeckt worden. Dort wurde die Witwe des ehemaligen Gemeindevorstehers, Fietlich in ihrem Bette erschlagen aufgefunden. Aus dem Zimmer war Geld geraubt. Trotz der sofort eingeleiteten Recherchen fehlt zur Zeit von dem Thäter jede Spur.

Kleine Chronik.

Eine Revolte brach unter den zahlreichen Arbeitern auf dem Rittergut Oberjohndorf bei Nimpsch aus. Die erregte Menge erschlug mit Röhrenbädern, in der Meinung, einen ihr mißliebigen Gutsherrn vor sich zu haben, einen älteren polnischen Arbeitsgenossen. Die Röhrenführer wurden verhaftet. Und was geschieht den mißliebigen Gutsherrn; wird er, um ähnliche traurige Fälle vorzubeugen, entlassen?

Eine verheerende Gasexplosion fand Mittwoch vormittag zu Wien in einer Grabmonumentenfabrikniederlage am Opernring statt, wobei das Geschäftslokal vollständig demoliert und drei Personen verwundet wurden.

Ein W o l k e n b r u c h ging Dienstag nacht zwischen Brunn und Ehrlich nieder, durch welchen der Bahndamm an einer Stelle unterwachsen wurde. Von einem Güterzuge entgleisten infolgedessen die Lokomotive und zwei Wagen. Verletzt wurde niemand.

Neue Pestfälle sind in Alexandrien seit dem 1. August nicht mehr vorgekommen. In ärztlicher Behandlung sind nur noch drei Pestkranke.

Militärische Nachrichten.

Ueber die von uns bereits gemeldeten Massenerkrankungen von Soldaten in Braunschweig wird der Magdeburgerischen Zeitung geschrieben: Seit etwa einer Woche ist in der hiesigen Garnison eine Massenerkrankung aufgetreten, von der namentlich Angehörige des braunschweigischen Infanterie-Regiments Nr. 92 ergriffen sind,

während die Zahl der dem braunschweigischen Jäger-Regiment Nr. 17 angehörenden Erkrankten geringer ist; im Ganzen sind etwa 80—100 Personen erkrankt. Die Diagnose soll noch nicht festgestellt und die Meinung, daß es sich um Typhus abdominalis handele, irrig sei. Bis jetzt ist wenigstens kein Fall tödlich verlaufen, obgleich neben Erbrechen Fieber bis zu 40 Grad bei den Erkrankten vorhanden sind. Eine Probe des Oberwassers ist zur schleunigen Untersuchung nach Hannover gesendet worden. Vorläufig ist den Mannschaften das Baden in der Oer verboten worden.

Einige Reserve-Offiziere hätten Briefe zur Post gegeben, in denen zu einer Abschiedsfeier für den Bezirkskommandeur eingeladen war. Die Briefe verfielen die Herren mit der Aufschrift „Militaria“ (!) und einem Abdruck des Dienstsiegels (!). Von Frankatur war unter diesen Umständen keine Rede. Die Oberpostdirektion in C. fand hierin einen Verstoß gegen das Postgesetz und leitete gegen die Beteiligten das Strafverfahren wegen Porto-Sinterziehung ein. Das Schöffengericht in B. hielt die Angeklagten für schuldig. Dieselben wären bei gehöriger Aufmerksamkeit im stande gewesen, den nicht rein dienstlichen Charakter ihres Schreibens zu erkennen. Auf Berufung hob die Strafkammer in C. das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach die Angeklagten frei, weil sie über die gesetzlichen Bestimmungen der Portofreiheit sich in einem nicht auf Fahrlässigkeit beruhenden Irrtum befunden hätten. Das Reichsgericht hat das letztere Urteil bestätigt.

Aus Kiel wird dem Vorwärts gemeldet: Mittwoch abend entstanden beim Dampfer „Wilhelm Delsner“ mit Hafenarbeitern Differenzen. Heute kam ein Deckoffizier mit Unteroffizieren und 50 Marinesoldaten, um das Schiff zu beladen. Der Vertrauensmann der Hafenarbeiter richtete eine telegraphische Beschwerde an das Stationskommando und den Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts. Abends wurden infolge einer Besprechung mit dem Kommandanten die Soldaten zurückgezogen.

Der bei Hochheim vom Nabe gestürzte Lieutenant Fiebig, dem der Säbelkorb in den Leib drang, ist an dieser Verletzung im Lazarett am Dienstag gestorben.

Bei einer Marschübung von Meisse nach Ziegenhals und Schönwalde sind am Montag drei Soldaten vom 28. Infanterie-Regiment am Hüßschlag erkrankt.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Bei der Wahl zum Gesellensauschuß der Stellmachereinnung sind die sozialdemokratischen Kandidaten einstimmig wiedergewählt worden.

Briefkasten.

A. L. Sie fragen: „Ist der Herrschaft von Geseligenwegen die Bückigung des Gesindes erlaubt?“ Ach, sind Sie ein unanfechtbarer Befehl der Volksstimmung. Sie mehr als Hundert Fällen ist Ihre Frage im Blatte behandelt, erst jüngst in dem Artikel, der sich mit der Dienstbotenbewegung beschäftigt. — N., Reuehalbensleben. Der Artikel des Wochenblattes „Arbeits-Nachweis in Deutschland“ entstammt dem Bureau Schweinburg und befindet sich in sämtlichen Monatsblättern (auch im Amtlichen Anzeiger in Magdeburg). — J., Fernerleben. Ihre Mitteilungen unterbreiten Sie dem Genossen Föhle, welcher sehr gern die Mitteilungen der Volksstimmung übermitteln wird. — Alter Abonnent, Salzte. Berichte über Gemeinderats-Sitzungen sind uns noch nicht zugegangen. Vielleicht unterzieht sich einer unserer Vertreter dieser Mühe und berichtet über das Wissenswerteste. — K. J. Ist in gestriger Nummer erledigt. Derartige Antworten verzoegen sich, da sie von unserem Rechtsbeistand erteilt werden. In solchen Fällen müssen wir um etwas Geduld bitten. — L., Sudenburg. Ihrem Wunsch sind wir in heutiger Beilage nachgekommen; wir haben uns mit der „Freßlegende“ kurz beschäftigt. Ueber die „bürgerlichen Ideologen“ morgen. Gruß.

Eingegangen: Situationsbericht der Tischler in Burg.

*) Bei dieser Gelegenheit möchten wir an einen Prozeß erinnern, der gegen eine Zeitungsdarstellerin wegen gleichen Vergehens angeklagt war: „Die Austrägerin des sozialdemokratischen Volksfreundes in Durlach hatte Anfang dieses Jahres wegen Postvergehen (sie hatte in einer Anzahl von Fällen den Volksfreund und die Schwäbische Tagwacht den Abonnenten auf einem Postgang zugestellt) ein Strafmandat auf 1800 Mark erhalten. Sie beantragte gerichtliche Verhandlung, bei der vor der Strafkammer festgestellt wurde, daß die Frau nicht selbständige Besizerin der beiden Zeitungen sei, sondern einerseits der sozialdemokratische Verein Durlach, andererseits der Mann der Austrägerin. Der Staatsanwalt beantragte laut Volksfreund Verurteilung, wobei er zugab, daß die Frau aus Fahrlässigkeit und Unkenntnis des Gesetzes gehandelt habe. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 1497 Mark oder 6 Wochen Haft. Nach den Entscheidungsgründen hat der Gerichtshof die Vorsätzlichkeit der Handlung angenommen.“

Versammlung
der
Allgemeinen Kranken- u. Sterbefasse
der **Metallarbeiter**
(Zirkel Sudenburg)
am Montag, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr im Lokale
der Zerbster Bierhalle, Schönigerstr. 28.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Tuberkulose- und Krankenkassen-Kongreß zu Berlin. 2. Wahl eines
Revisors. 3. Wichtige Kassenangelegenheiten.
Zahlreichem Erscheinen steht entgegen. Die Verwaltung.

Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen!
Sonnabend, den 12. August, abends 8 Uhr
öfftl. Versammlung im Weißen Hirsch
Neue Neustadt, Friedrichsplatz Nr. 2.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats.
(Referent: A. Decker, Vertrauensmann der Hafenarbeiter Magdeburgs.) 2. Freie
Ausprache betreffs des Vortrages. 3. Verschiedenes.
Die Fabrikarbeiterinnen speziell werden ersucht, für guten Besuch der Ver-
sammlung zu sorgen und die heutige Nummer der Volksstimmung von Hand zu Hand
weiter zu geben.
2178 Der Vertrauensmann.

Hugo Nehab
Spezialhaus
für 28
Gummiwaren
Wachstuch
Linoleum
Magdeburg
Johannisbergstr. 2.
Ein hocheleganter 2196
Kinderwagen
neu, recht billig zu verkaufen
Katharinenstr. 8, hochpt., I.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Versammlungen finden statt:
Sonnabend, den 12. August, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirk Wilhelmstadt im Luisenpark, Spielgartenstraße 1c.
Tages-Ordnung: Gewerkschaftsbericht des Kollegen Ma i.
Branche der Klempner im Lokale des Herrn Grothum, Kleine Klosterstr.
Tages-Ordnung: Die kapitalistische und sozialistische Produktion. Referent:
Ferdinand Bender.
Bezirk Groß-Otterleben im Gasthof zum Goldenen Stern in Groß-
Otterleben.
Tages-Ordnung: Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen, Folgen und endgültige Be-
seitigung. Referent: Rudolf Röhe.
Bezirk Salzte-Weiterhäuser im Lokale des Herrn Andreas Raack
zu Salzte.
Tages-Ordnung: Die Bedeutung der Gewerkschafts-Organisation. Referent:
Otto Hoff.
In allen Versammlungen werden Beiträge und Beitrittskennungen entgegen-
genommen. 2194
Verhandelt wird in jeder Versammlung über Verbandsangelegenheiten und
Verschiedenes.
Für den Besuch der Versammlung und für die Gewinnung von neuen Mit-
gliedern muß jeder Mann agitieren.
Die Verwaltung.

Herren- und Knaben-Anzüge, Jacketts, Hosen und Westen, sämtliche Arbeitsgarderobe sehr dauerhaft und unbedingt am billigsten bei Anfertigung nach Maß.

Julius Jacoby, Jakobsstr. 47

Wegen Todesfall und Räumung des Ladens

Geschäftsbestand seit 1862.

Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben

spottbillig.

L. Maerker

Magdeburg

Breiteweg 80/81, Ecke Katharinenstr.

Schönebeckerstr. 108 **Buckau** **Neuestr. 5**

Strohüte, Filz- und Cylinderhüte

zu den billigsten Preisen.

Krawatten jeder Art.

Handschuhe, Wäsche, Schirme.

Regenschirme in grosser Auswahl.

Bernhard Döschner

Neuestr. 5. **Buckau** **Schönebeckerstr. 108.**

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Anknüpfungsbureau

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Fernsprech-Anschluß 1409.

Gesöffnet: Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts, sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatfachen, Armenrecht, Mietverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:

Schmiede, Stellmacher, Böttcher, Tischler, Schuhmacher, Steinmetz, Schlosser auf Bau, Klempner und ein Kellnerbursche für sofort.

Stadt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5

Gesöffnet: Männl. Abteilung von 7-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.

Weibl. 9-1 5-7

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.

Es werden gesucht:

Männliche Abteilung:

Arbeiter für Cementfabriken, Düngerverfabrik und Ziegelei, Kutser, Fuhrknechte, Adertknechte, Schuhmacher, Barbier, Tapezierer, Hausburschen, Wagenbegleiter, junge Arbeitsburschen und Lehrlinge aller Art.

Weibliche Abteilung:

Stellungsuchende weibliche Personen aller Berufe und Stände für häusliche und geschäftliche Arbeiten.

Wer wirklich gute und reelle

Klapp-, Seiden- u. Filzhüte

Mützen, Schülermützen

billig kaufen will, der kaufe nur bei

M. Stahnke, Hutfabrik,

Endenburg, Breitenweg 39a.

Wer sich auf diese Annonce beruft, erhält 10 Prozent Rabatt. 657

Kanarien-Weibchen Kaufe fortwährend.

2114 **Tischler, Annastr. 25.**

Küchenzettel der Magdeburger Volkstüchen

Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61.

Sonabend: Reisuppe mit Rindfleisch.

Große und Kinder-Volkstüchenmarken sind für Vereine und Herrschaften zur reellsten Unterstützung für Nothleidende von 12-2 Uhr in den Volkstüchen: Hauptwache 5, Neustadt, Schmidtstraße 61 zu haben.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims,

Breitenweg 82, 1 Tr.

Sonabend: Brühuppe mit Rindfleisch, Reispfanne.

Burg. Burg.

Einem geehrten Publikum von Burg zeige ich ergebenst an, daß ich als Vertreter des Herrn H. Gehard den Biergarten im

Restaurant zur grünen Linde, Gr. Hof 4

übernommen habe.

Indem ich verspreche, für gute Speisen und Getränke, sowie konstante Bedienung jederzeit Sorge tragen zu wollen, bitte ich um geneigten Zuspruch.

Mit Hochachtung

Otto Schade.

Zeitungs-Makulatur

ist billig abzugeben in der Expedition d. Blattes.

Kinder lernen Papier-Blumen machen in der Blumenhandlung von Emma Bertram Thiemstraße. 2185

Restaur. zur grünen Linde in Burg.

Sonntag, 13. August: Schweine-Andegeln. Fremdbüchler laden ein 2186

S. S.: Otto Schade.

Sonabend von 4 Uhr ab: Frische Würst.

Billig! Billig!

30 Küchenschränke

werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.

S. Osswald

Ulrichsstraße 14

2174 1. Etage gegenüber der Ulrichskirche.

Hofjäger Burg.

1752 Sonntag:

Tanz.

Ergebenst ladet ein **H. Lorenz.**

Burg. Auf junge Leute finden Kopf und Logis Franzosenstraße 9.

Fernersleben. 2188

Sonntag: Tanz.

Ergebenst ladet ein **Witwe Lusch (Gasthof z. gold. Engel)**

Zum Eröffnungs-Stammgast-Ball

am Sonnabend, d. 12. d. M.

lade ich ergebenst hiermit ein 669

A. Pflug

Bar guten Duelle, Endenburg.

Alte Neustadt.

Frische und feine **Molkereibutter**

officiert noch 2184

à Pfd. 1.00 und 1.10 Mark

Butter-Handlung E. Naumann

Weinberg 59.

Tüchtige Schuhmachersellen gesucht Breitenweg 99. 661

Anst. Logis zu vermieten Thomsberg 2, S. links 2 Tr. bei Dittsch. 663

G. Log. (2.50.4) Gr. Steinmetzstr. 11/12 II.

* Dem Reiseartikel N. Scheer ein Lebehoch! Familie P., Königstraße.

* Unserm Kollegen N. Rogeler die besten Glückwünsche z. Geburtst. Koll. v. Schent.

Viktoria-Theater.

Sonabend, den 12. August 1899:

Bestes Gastspiel des Herrn Max Behrend. Novität! Zum 2. Male: Novität!

Abu Seid.

Lustspiel in 1 Akt von Nizar Blumenthal

Der zerbrochene Krug.

Lustspiel in 1 Akt von Heinrich von Kleist.

Rezept gegen Schwiegermütter.

Lustspiel in 1 Akt von König Ludwig von Bayern.

Cirkus-Sommer-Theater.

Heute Sonnabend:

Vorletzte Vorstellung

der **Sommer-Saison.**

Dauerkarten gültig.

Kind ist freil!

Wirtschafts-Bazar, Sudenburg

117 Breitenweg 117

Sämtliche Haus- und Küchengeräte

zu spottbilligen Preisen.

Bitte auf meine drei Schaufenster zu achten. 1762

Leder-Ausschnitt

in großer Auswahl 914

Anfertigung aller Schäfte und Reparaturen zu reellen und billigsten Preisen empfiehlt

H. Blancke, Magdeburg-Neustadt, Leopoldstr. 7/8.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Gustav Hoffmeister

Magdeburg Leder-Handlung Wilhelmstadt

Prälatenstraße 21 **Annastraße Nr. 44**

unterhält stets in reichster Auswahl

Leder-Ausschnitt

bei billigster Preisstellung, sowie sämtliche Schuhmacher-Artikel, diverse Sorten schwarze u. farbige Schokolade, Creams, Schwärzbänder, Lederzette etc. und hält sich bei Bedarf bestens empfohlen. 1750

Den Beweis

das **eigene Fabrikation**

wird nicht nur als **vorteilhafter Einkauf**

schonung ist mit mehreren

Spezialmarken:

Beste Leistung Nr. 1 per 100 Stk	5 Mark
2	4
3	3
4	2
5	1

Diese Marken zeichnen sich durch ihre vorzüglichen Eigenschaften in Qualität und gutem Preis aus.

Paul Müller, Cigarrenfabrik

Magdeburg-Neustadt, Breitenweg 15.

Sie kaufen Ihre **Anzüge, Hosen u. Jacketts, Arbeiter-Garderobe** sowie **Knaben- und Jünglings-Anzüge** gut und billig im

Kaufhaus Sudenburg, Breitenweg 30c.

Demokratie und Sozialismus.

In der liberalen Presse ist im Anschluß an die Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei wiederum die so oft aufgestellte und eben so oft widerlegte Behauptung aufgestellt worden, das Anwachsen der Reaktion sei durch die Sozialdemokratie hervorgerufen worden, weil diese die Liberalen nicht minder bekämpfe, wie die Konservativen und so die linksstehenden Elemente des Bürgertums nach rechts hinübertreibe.

Die liberale Presse beruft sich auf Bernstein, welcher sich bewogen gefühlt hat, der deutschen Sozialdemokratie gründlich den Text zu lesen und sie zur Einkehr und Umkehr zu ermahnen. Dieser Hinweis auf Bernstein (mit dessen Schrift*) sich ja der nächste Parteitag beschäftigen und nach unserer Meinung nachweisen wird, daß zwar Bernstein eine Umkehr gehalten, nicht aber, daß unsere Partei eine solche notwendig hat) zwingt uns zur Abwehr. In der von der liberalen Presse angezogenen Broschüre Bernsteins heißt es Seite 138:

Und da ist der Schluß dieser Darlegungen der sehr banale Satz, daß die Erhaltung der Demokratie, die Ausbildung in politischen und wirtschaftlichen Organen der Demokratie die unerlässliche Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus ist. Wenn darauf erwidert wird, daß die Ausföhrung, dies ohne politische Katastrophe zu erringen, in Deutschland äußerst gering, ja so gut wie nicht vorhanden seien, daß das deutsche Bürgertum immer reaktionärer werde, so mag das für den Moment vielleicht richtig sein, obgleich manche Erscheinungen auch dagegen sprechen. Aber es kann nicht auf die Dauer so sein. Das, was man Bürgertum nennt, ist eine sehr zusammengefaßte Klasse, aus allerhand Schichten mit sehr verschiedenartigen, bezw. unterschiedenen Interessen bestehend. Diese Schichten halten auf die Dauer nur zusammen, wenn sie sich entweder gleichmäßig bedrückt oder gleichmäßig bedroht sehen. Im vorliegenden Falle kann es sich natürlich nur um das letztere handeln, d. h. daß das Bürgertum eine einheitlich reaktionäre Masse bildet, weil sich alle seine Elemente von der Sozialdemokratie gleichmäßig bedroht fühlen, die einen in ihren materiellen, die anderen in ihren ideologischen Interessen: in ihrer Religion, ihrem Patriotismus, in ihrem Wunsch, dem Lande die Schrecken einer gewaltthätigen Revolution zu ersparen.

Das ist nun nicht nötig. Denn die Sozialdemokratie bedroht sie nicht alle gleichmäßig und niemand als Person, und sie selbst schwärmt in keiner Weise für eine gewaltthätige Revolution gegen die gesamte nichtproletarische Welt. Je deutlicher dies gesagt und begründet wird, um so eher wird jene einheitliche Furcht weichen, denn viele Elemente des Bürgertums fühlen sich von anderer Seite her bedrückt, und würden lieber gegen diese, deren Druck auch auf der Arbeiterklasse lastet, als gegen die Arbeiterfront machen, lieber der letzteren als der ersteren Bundesgenossen sein. Sie mögen unsichere Pantonsisten sein. Aber man erzieht schlechte Bundesgenossen, wenn man ihnen erklärt, wir wollen Euch helfen, den Feind fressen, aber gleich hinterher fressen wir Euch. Da es sich nun unter feinen Umständen um eine allgemeine, gleichmäßige und gewaltthätige Expropriation, sondern um die allmähliche Ablösung durch Organisation und Gesetz handelt, so würde es der demokratischen Entwicklung sicher keinen Abbruch thun, der thatsächlich veralteten Freßlegende auch in der Phrase den Abschied zu geben.

Diese Sätze haben die liberale Presse entzückt, die in ihrem Eifer, Bernstein zu unterstützen, übersehen hat, daß Bernstein aber wenige Seiten vor der oben angeführten Polemik gegen die „Freßlegende“ beweist, daß dieselbe gar keine Legende ist, auch für ihn nicht, und daß er nach wie vor wünscht, die proletarische Bewegung möge die kapitalistische Pro-

duktionsweise auffressen. Im Anfang des Kapitels (Seite 118—120) setzt Bernstein nämlich ganz zutreffend auseinander, „daß der Kampf der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter um Hebung ihrer Lebenshaltung nach der Seite der Kapitalisten hin ein Kampf von Lohnrate gegen Profitrate“ sei. Womit liegt es doch im Selbsterhaltungsinteresse aller kapitalistischen Kreise, welche doch von der Profitrate existieren, daß sie der gewerkschaftlichen Bewegung entgegenstehen und ebenso derjenigen politischen Aktion der Arbeiter, welche durch gesetzgeberische Maßregeln dasselbe wie die gewerkschaftliche Bewegung erreichen will: Verkürzung der Arbeitszeit, ausgebreitetsten Arbeiterschutz, ungehinderte Organisationsfreiheit.

Die Sozialdemokratie, welche diese Forderungen vertritt, „bedroht“ also thatsächlich alle kapitalistischen Schichten gleichmäßig — einschließlich der bürgerlichen. Dies sollte doch die bürgerliche Presse, die Bernstein beiprügelt, wissen. Der Arbeiterschutz, den die bürgerlichen Sozialreformer gewähren wollen, bewegt sich in sehr engen Grenzen, will nur die allerschlimmsten Zustände beseitigen und wird oft genug nicht von der Liebe, sondern nur von der Furcht diktiert, daß die Arbeiter sonst in noch größeren Massen sich der Sozialdemokratie zuwenden würden. Es sind Zugeständnisse, die unseren „Freß“ absichten gemacht werden, indem man meistens nur Knochen anstatt des Fleisches hinwirft. Sobald aber und soweit diese bürgerlichen Sozialreformer, mögen sie Ultramontane, Liberale oder Demokraten sein, über das geringe Maß einer Wasserjuppen-Sozialreform freiwillig hinausgehen, werden sie von ihren eigenen Klassengenossen in Stich gelassen und bilden dann, wie die norddeutschen Demokraten, eine ganz kleine Gruppe von Führern ohne Truppen. Wie sollte es auch anders sein? Gerade diejenigen bürgerlichen Schichten, welche in früheren Jahrzehnten, vor dem Auftreten der Arbeiterbewegung, die Stützen der Demokratie bildeten, also die Handwerker, die kleinen Geschäftleute und der intelligentere Teil der Klein- und Mittelbauern; sie werden ja gerade durch den Arbeiterschutz, den gewerkschaftlichen wie den politischen, am allererschwersten getroffen, weil die Profitrate des Kleinbetriebes die kleinste ist, also jede Kürzung am allerdrückendsten empfinden! So verschiedenartig die Interessen dieser Schichten unter- und gegeneinander sonst sind, so einig müssen sie sich gegenüber den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter verhalten. Das ist eben eine notwendige Folge des Interesses der Selbsterhaltung, gegen das ideale Rückzucken nur bei einzelnen, niemals bei Massen, bestimmenden Einfluß ausüben.

Daher kommt es, daß diese kleinbürgerlichen Schichten den Arbeiterschutzbestrebungen nicht feindlich gegenüberstehen, so lange diese sich nur gegen die Großkapitalisten richten: eine ausschließliche Fabrikgesetzgebung ist ihnen sogar sympathisch, weil sie hoffen, daß durch dieselbe die Konkurrenzkraft des Großkapitals gegenüber dem Handwerk geschwächt wird. Sobald aber der Arbeiterschutz auch durch die Pforten der Kleinbetriebe eindringen will, stellen sich ihm deren Besitzer mit dem Mut der Verzweiflung entgegen, während dann umgekehrt grade Großkapitalisten die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf das Kleingewerbe bejournen, damit dieses ebenso belastet sei wie sie und dadurch in seiner Konkurrenzfähigkeit mit ihnen auf gleiche Stufe gestellt.

Zusammengefaßt: Alle kapitalistischen Kreise, die von der Profitrate leben, einschließlich der demokratischen sowie liberalen, sind gleichmäßig von der Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiete bedroht. Dies vertuschen oder verheimlichen wollen, heißt sich selbst belügen — wollten wir uns die Anschauungen Bernsteins aneignen, die der liberalen Presse Anlaß zu ihren Erörterungen gegeben haben, so hieße dies auch die andern anlügen. Und diese lassen sich, trotz Bernstein, nicht anlügen. Wir haben auch nicht Lust, der schönen Augen der Demokraten oder Liberalen willen der „Freßlegende“ den Abschied zu geben. Auch der Vorwurf, daß das Anwachsen der Sozialdemokratie die Reaktion gestärkt habe, weil unsere Kritik, unsere Taktik, unser Programm liberale und demokratische Elemente abhalte mit der Sozialdemokratie zu gehen und diese in das rechtsstehende Lager treibe, vermag unsere Anschauung auch nicht im geringsten zu erschüttern.

Aus der Parteibewegung.

Ein Gedenktag.

Vor dreißig Jahren versammelten sich in Eisenach die Vertreter des deutschen Proletariats. Die Mehrheit des Verbandes der deutschen Arbeitervereine unter Führung Bebel's, bewährte Genossen vom (Lassalleanischen) allgemeinen deutschen Arbeiterverein wie Geib, Bracke, York u. a., dann noch Liebknecht, Gabriel Löwenstein, Wählreich, Meßner, Motzler, Stolle, ferner Delegationen aus Oesterreich und der Schweiz, hatten sich zusammengefunden zu einem Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresse. Die lebhaften Debatten mit den Lassalleanern endeten mit dem Austritte von 110 Delegierten, die 102 000 Arbeiter vertraten und sich als besonderen Kongreß konstituierten. Die zurückgebliebene Mehrheit, 262 Delegierte, Vertreter von 140 000 Arbeitern, berieten um Programm und Organisationsstatut der neuen sozialdemokratischen Partei, die trotz des lebhaften Eintretens Gabriel Löwensteins diesen Namen und nicht den von ihm gewünschten „Sozialrepublikanische Partei“ erhielt. Schwere Hindernisse stellten sich der Entfaltung der Partei in den Weg, es kam der Krieg von 70/71, der alles überflutende nationale Chauvinismus, der Hochverratsprozeß gegen Bebel, Liebknecht und Meßner, die Schmach von Wöhen, die Verfolgungen Lessendorfs, der Zwist mit den Lassalleanern, und bald, nachdem die Einigung hergestellt war, die 12 Jahre Sozialistengesetz. Aber das deutsche Proletariat hat alle Hindernisse siegreich überwunden, fest steht heute die Sozialdemokratie da als die größte Partei im Reich, enge verbrüder mit großen Parteien in allen Kulturstaaten. Der Same, der in Eisenach in den Augusttagen des Jahres 1869 ausgestreut wurde, ist glänzend aufgegangen. Lassen wir es nicht an Arbeit fehlen, damit der Stamm nicht bloß Blätter und Aeste treibe, damit auch bald Früchte sich entwickeln.

Die Wahltaktik unserer Genossen bei den bayrischen Landtagswahlen wurde in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Neustadt (Pfalz) behandelt und, wie berichtet wird, der Beschluß gefaßt, daß das Wahlkompromiß gegen die Parteigrundsätze verstoße. Es wird verlangt, daß derartige Abmachungen nur durch den Parteitag getroffen werden. Auch in einer Parteiverammlung in Frankenthal kam es zu Auseinandersetzungen über das Kompromiß.

Fenilleton.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(62. Fortsetzung.)

Berminas altes Gesicht ging in die Länge und als er sich nach dem Sprecher umwandte, sah er ungemein vornehm und abweisend aus.

„Die hohe Politik der Kabinette entzieht sich der Diskussion, meine Herren; es giebt Dinge, die von Vrien und Fernstehenden niemals richtig beurteilt werden können.“

„Das ist die Geschichte vom beschränkten V. arthansen-verstand.“ versetzte Konrad mit einem feinen Lächeln.

Exzellenz sah ihn starr an mit schier vernichtendem Blick. Aber ehe er noch etwas erwidern konnte, hatte sich die kleine, kugelige Gestalt des Bankiers dazwischengeschoben.

„Aber ich bitte — ich denke — wir alle können eine Niederlage Rußlands nicht wünschen — der Völkerfriede wäre damit bedroht — es wäre ein schreckliches Unglück!“

„Vielleicht das größte, das uns treffen könnte.“ versetzte Bermina mit Bestimmtheit. „Das monarchische System hat in Rußland noch immer eine feste Stütze, dort ist der Hort der Legitimität.“

„Allerdings, das Gottesgnadentum ist in Rußland,“ bestätigte Max.

„Leider steht es finanziell sehr schlecht.“ klagte Gebhart. „Der Kredit wankt, ich versichere Sie, der Rubel sinkt, und wenn die Russen Schlage bekommen, dann ist die Katastrophe da, dann haben wir die Umwälzung. ... Ich bitte Sie. ... Das möchte ich nicht mehr erleben.“

Konrad lächelte. „Sie sind ein robuster Mann, Herr Gebhart, ich denke, Sie werden noch lange darüber hinaus sich Ihres Lebens erfreuen.“

„Und Sie sind ein Spatzvogel, Herr Gebner; das heilige Rußland scheint Sie sehr heiter zu stimmen.“

„Und doch ist es ein gar melancholisches Land,“ senzte

Max, „aufs äußerste ausgezogen, hat es jetzt die schweren Lasten dieses Krieges zu tragen, aber für die Soldaten, die Blut und Leben dahingeben, ist nicht gesorgt.“

„Ihre Verpflegung soll ganz unzureichend sein,“ sagte Gebhart.

„Armeelieferungen, das kennt man ja, sind immer schlecht, aber die für Bulgarien sollen unter der Kanone sein.“

„Es fehlt auch an Ärzten, an Pflegerinnen, sogar an Verbandsmaterial,“ bemerkte Konrad in seiner ruhigen, positiven Weise. „Und nun geht ein Hilfeschrei durch das Land. Tausende und tausende von Verwundeten sind ohne Obdach, ohne ärztliche Hilfe und Pflege und die Privathilfe muß angerufen werden, sollen sie nicht elend verderben.“

„Diese Hilfe ist eine freiwillige und gern geleistete,“ versetzte Bermina.

„In diesem Falle ist sie ein Muß.“

„Das ist mal was für für unsere Frauen,“ fiel der fette Mann gutmütig ein, „die brennen ja nach Beihätigung, dann können sie Charpie zubereiten und Bandagen anfertigen, sie können Geld sammeln oder ihren Schmuck verkaufen — sie wählen immer das erstere.“

„Es werden sich auch manche als Krankenpflegerinnen engagieren lassen — unsere Emanzipierten wenigstens; Sie werden sehen, daß es da unten von Mihilistinnen wimmeln wird,“ sagte der Vice.

„Na, von einer hübschen Mihilistin gepflegt und verbunden zu werden, dürfte den Jungen nicht übel vorkommen,“ scherzte Gebhart, während er nach dem Körbchen griff, um lustern eine Beere zu naschen.

„Man wird nur Klosterfrauen dazu lassen, die Moral muß vor allem gewahrt werden,“ versetzte Bermina mit erzwingener Würde.

„Ich glaube, sie werden die Hilfe nehmen, woher sie kommt, so wie sie das Geld nehmen, ohne nach seiner Herkunft zu fragen,“ bemerkte Konrad trocken.

Max aber wendete sich sichtlich entrüstet dem Minister zu: „Exzellenz, Sünde, die sich diesem schweren und an-

strengenden Dienste widmen, sind von vornherein geweiht.“ Seine Stimme bebte.

„Na, na, rege Dich nur nicht gleich auf,“ mahnte Gebhart, indem er dem Bruder auf die Schulter klopfte, „Du sprichst zu viel, Du bist ganz kongestioniert.“

„Vergebung,“ sagte der Minister, „ich wollte durchaus keine Debatte zwischen uns herbeiführen, und mit unsäglichem Hochnut fügte er hinzu: „Wir nehmen ja von vornherein einen zu verschiedenen Standpunkt ein, um uns verständigen zu können. ... Wir wollen Sie auch nicht weiter beunruhigen — Adieu“ — und er reichte Max lächelnd die Hand zum Abschied, während er Konrad völlig ignorierte. Er war an den Stufen angelangt, als er sich zu erinnern schien, daß ja noch jemand dazwischen sei, und als höflicher Mann nickte er vornehm ihm zu.

Er hatte eine Zeit lang seine lächelnde Grimasse beibehalten, als er aber, auf den Arm des Bankiers sich stützend, die Allee erreicht hatte, fürchte sich seine Stirne und er sah böse und zornig aus.

„Es war mir sehr interessant, sehr interessant, die Auffassungen dieser Herren zu vernehmen — ei, ei, ich wußte ja gar nicht, daß Ihr Bruder sich diesen Menschen und ihren gemeingefährlichen Bestrebungen so völlig und rückhaltlos angeschlossen hat.“

„Ich versichere Exzellenz, ich auch nicht,“ sagte ängstlich der kleine Mann, während er neben ihm hertrippelte, „aber ich beschwöre Exzellenz, denken Sie nichts Böses von Max — er ist ein so guter Mensch.“

„Was gut oder nicht gut — er gehört zu denen, die ihnen die Munition liefern.“

„Munition? aber ich bitte —“

„Verstehen Sie denn nicht? mit seinem Gelde unterstützt er diese Bestrebungen auf das nachdrücklichste, und das ist einfach Verrat und verdiente die höchste Strafe.“

Der kleine Mann war bleich geworden.

(Fortsetzung folgt.)

Eine zweite Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Thüringens wird am 20. August in Weimar tagen. Es soll der bisher noch unerledigt gebliebene Teil des Kommunalwahl-Programms vollends beraten werden. Außerdem steht auch noch die Frage auf der Tagesordnung, ob wir bei den Gemeindevahlen Kompromisse mit anderen Parteien eingehen sollen.

In Bezug auf den bevorstehenden allgemeinen französischen Sozialistenkongress haben Faure und Gerault-Richard, der Chefredakteur der Petite République, ein Circular an die bekannteren Sozialisten des Auslands gerichtet mit der Bitte, sich über die Frage der Einmischung der Partei in die Kämpfe bürgerlicher Parteien und über die Frage des Eintritts von Sozialisten in bürgerliche Regierungen zu äußern. Wo ist eine Partei, die Diskussionen über taktische Fragen in solcher Weise geradezu provoziert?

Soziale Bewegung.

Inland.

Vom Menschenhandel. Billige Arbeitskräfte für Landwirtschaft, Ziegelfabrikation, Maurer- und Erdarbeiten, sowie auch andere Betriebe bietet ein Agent L. S. L. in D. hiesigen und anderen Firmen durch Circular an. Die Arbeitskräfte werden aus Galizien bezogen. Für landwirtschaftliche Arbeiter wird auch gleich ein Vertrag mit beigegeben, aus dem besonders die Lohnzahlungsbedingungen deutlich sind. Es heißt darüber in § 7: „Nach Beendigung der ersten zwei Monate Arbeit wird den Arbeitern der Lohn nur für einen Monat ausbezahlt. Nach Ablauf des dritten Monats ist der Arbeiter berechtigt, sich den Lohn für diesen Monat auszahlen zu lassen, desgleichen nach Ablauf des sechsten Monats den Lohn für diesen Monat. Außerdem erhält jeder Arbeiter auf Wunsch wöchentlich abschlägig einen Betrag bis zur Höhe von einer Mark ausbezahlt. Der übrige Teil des Lohnes bleibt als Kaution bis zur Schlussabrechnung stehen. Es bleibt also, da es sich um Feldarbeiter handelt und meist nur sechs Monate Arbeit in Frage kommen, die Hälfte des Lohnes beim Unternehmer stehen (kostet wird geliefert) und da überdies dieser nach dem Vertrage noch berechtigt ist, wegen aller Forderungen aus dem Vertrage und allen Schadenersatz-Ansprüchen die Sachen des Arbeiters zurückzubehalten, so kam es diesen passieren, daß er bloß und mittellos aus dem Hause gejagt wird und bei der in solchen Sachen in wohl berufenen Rechtspflege auf dem Lande sehen kann, wie er zu dem heimigen kommt. Das kann ihm um so eher passieren, als er laut Vertrag sofort entlassen werden kann, wenn er den dienstlichen Anordnungen des Unternehmers oder seines Stellvertreters nicht Folge leistet, wenn er zu den bedungenen Arbeiten unfähig ist, wenn er sich der Aufwiegelei schuldig macht usw. Die Entlassung über das Vorliegen solcher Entlassungsgründe hat der Unternehmer. Zu den dienstlichen Obliegenheiten des Arbeiters gehören alle landwirtschaftlichen Arbeiten in der Zeit von früh 5 bis abends 7 Uhr mit 2-3 Stunden Pausen und auch zu jeder anderen Zeit nach Anordnung des Unternehmers.“ Also vollkommene Willkür des Unternehmers in den an die Arbeiter zu stellenden Anforderungen, vollkommene Willkür in der vorzeitigen Entlassung und dabei eine Bindung des Arbeiters durch die Lohnzahlung, daß er dem Unternehmer auf Gnade und Ungnade überliefert ist. Dabei ist die citierte Vorschrift über die Lohnzahlung mit unverkennbarer Absicht so faul gehalten, daß sie dem unwissenden galizischen Arbeiter kaum verständlich sein und ihm zum Bewußtsein kommen dürfte, wenn der Unternehmer, auf seinen Vertrag pocht, ihn entläßt und ihm sein Geld vorenthält. Er wird in solchen Fällen selten etwas herausbekommen.

Ausland.

Zur Lage der Form in Frankreich schreibt der Pariser Mitarbeiter der Sozialen Praxis: Mitte Juli hielten die französischen Sozialisten in Roubaix ihren Jahreskongress ab, auf dem sie über die allgemeine Lage ihres Gewerkschafts berieten und ein Aktionsprogramm aufstellten. Was zunächst die Taktik betrifft, so entschied sich der Kongress für den Generalstreik, der das beste Mittel darstelle, um der Arbeiterklasse zu ihrem Ziele zu verhelfen. Die Forderungen, welche den Unternehmern unmittelbar vorzulegen sind, umfassen folgende Punkte: 1. Abschaffung jeglicher Art von Lohnabhängigkeit für die Unfallversicherung; 2. Normalarbeitszeit von 10 Stunden mit bezahlter Pause für Ueberstunden; 3. Befreiung der Arbeiter, der Prämien und der Gruppenarbeiten; 4. wöchentliche Lohnzahlung an Stelle der monatlichen; 5. gründlicher Gesundheitszustand in den Betrieben; 6. Festsetzung eines Lohnminimums nach den lokalen Verhältnissen. Weiter faßt der Kongress eine Resolution, in welcher energisch die Organisation der allgemeinen Altersversicherung verlangt wird.

Ein ganz moderner Streik. Unter dieser Überschrift wird dem Generalanzeiger aus New-York geschrieben: Der Streik der Tramway-Angestellten in Cleveland (Ohio), der bereits mehrere Wochen dauert, hat zu dem merkwürdigsten Boykott geführt, der jemals in den Vereinigten Staaten vorgefallen ist. Er trat an Stelle der Dynamit-Attentate auf die Tramwaywagen, da sich die Streikenden von ihm eine größere Wirksamkeit versprochen. Wenn man bedenkt, daß 800 Auszubehrende in einer Stadt von 360 000 Einwohnern sich zu freiwilligen Tyrannen machen konnten, was man natürlich trotz des Grades der Situation finden kann. Die Streikhaber haben alle Vorsicht und sonstige außer Dienst gesetzte Gefährte wieder eingeschlossen und haben damit auf den Tramwaylinien der Stadt erreicht. Obwohl diese Mittel nicht gerade besonnen sind, werden sie doch von Publikum wohlwollend behandelt, jedoch die Tramway-Angestellten 100 000 und noch 10 000 Passagiere täglich behindern und zwar beiderseits die zum größten Teile aus Soldaten und Polizisten. Solcher, die sich bei Tramway-

wagen bedienen, werden sofort „boykottiert“. In ihren Wohnhäusern werden Plakate angebracht, die sie als Streikbrecher kennzeichnen. Alle Geschäfte sind ihnen verschlossen. Der Boykott erstreckt sich auch auf die Soldaten und Polizeimannschaften, denen man weber Getränke noch Speisen verabreichen will. General Ucline mußte deshalb die Kneipen militärisch besetzen lassen, auch wurden sämtliche Barbiers verhaftet, die sich geweigert hatten, Soldaten zu rasieren. Die Streikenden veröffentlichten auch eine Zeitung „The Artisan“, die bereits eine Auflage von 40 000 Exemplaren hat. Jeder boykottierte Geschäftsmann kann sich dadurch loskaufen, daß er in dem Blatt annonciert und einen Beitrag zur Streikkasse zahlt; gleichzeitig werden zur Erlangung von Geldmitteln Theateraufführungen, Gartenfeste, Fußballkämpfe usw. veranstaltet. Die 800 Auszubehrenden verfügen über ausreichende Fonds und sind in Wirklichkeit die Herren von Cleveland, da die Majorität mit ihnen sympathisiert. Sie sagen, sie würden, wenn nötig, 1 Jahr aushalten. M. Everett, der Präsident der Tramway-Gesellschaft, schwört seinerseits, er werde nicht nachgeben, obwohl bereits die Angestellten verschiedener Telephonunternehmen und anderer Betriebe mit den Streikenden gemeinsame Sache zu machen beginnen.“ Der Generalanzeiger zeigt sich stets von einer arbeiters- feindlichen Seite und läßt es geschehen, daß die um ihr gutes Recht kämpfenden Tramway-Angestellten als Tyrannen bezeichnet werden, obwohl, wie er selbst zugeben muß, die Mehrheit der Cleveland'schen Bevölkerung mit den Streikenden sympathisiert und ihr Unternehmen thatkräftig unterstützt. Es wäre besser, der Generalanzeiger ließe ab von einer Beschimpfung der Arbeiterverhältnisse, sie artet doch nur in eine Beschimpfung der Arbeiter und Parteinarbeit für die Besitzenden aus.

Die Gewerkschaften im Jahre 1898.

Etwas früher als in den vorhergegangenen Jahren ist die Generalkommission den deutschen Gewerkschaften in der Lage, die Mitgliederzahl aller deutschen Arbeiterverbände, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, zu einer übersichtlichen Tabelle zusammenzustellen. Wir lassen den wichtigsten Teil derselben, der auch für unsere Leser von großem Interesse sein wird, hier folgen:

Name der Organisation	Zahl der Mitglieder		Zunahme	Abnahme
	1897	1898		
Bäder	1 635	2 532	798	—
Bauarbeiter	588	1 000	412	—
Bergarbeiter	4 339	7 866	3 527	—
Brotbacker	18 000	27 300	9 300	—
Bühnen	3 327	3 572	245	—
Bücher	4 150	4 168	18	—
Brauere	8 133	7 645	—	488
Buchhändler	6 258	6 598	340	—
Buchdrucker	22 865	24 020	1 155	—
Buchdrucker-Hilfsarbeiter	—	1 133	1 133	—
Bureauangestellte	260	280	20	—
Dachdecker	1 800	1 800	—	—
Fabrikarbeiter	15 639	18 172	2 533	—
Formen	4 653	6 155	1 502	—
Formenstecher	—	243	243	—
Gärtner	350	300	—	—
Gaswerksgelassen	1 108	1 328	220	—
Gemeindebevollmächtigte	924	1 611	687	—
Glaser	4 024	3 600	—	424
Glaser	1 195	1 630	435	—
Gold- und Silberarbeiter	1 401	1 391	—	10
Großhandel und Händl.	752	849	97	—
Hafenarbeiter	11 000	10 037	—	963
Handelsreisende	2 703	5 087	2 384	—
Handlungsgehilfen	225	300	75	—
Handschuhmacher	2 970	3 147	177	—
Holzarbeiter (Verband)	40 876	48 988	8 112	—
(Hilfsarbeiter)	921	978	57	—
Hutmacher	2 683	2 488	—	200
Konditionen	452	440	—	12
Kopiermaschinen	3 254	3 287	3	—
Lagerhalter	267	315	48	—
Lehrer	4 136	4 826	690	—
Lithographen	5 189	4 224	—	965
Malerei	6 861	8 291	1 430	—
Maschinen- und Feiler	2 584	3 700	1 336	—
Maurer	42 652	60 175	17 523	—
Metallarbeiter	59 590	75 431	15 841	—
Metall	1 072	1 048	—	24
Reisevermittler	8 668	8 857	189	—
Schneider und Repetierer	2 151	2 285	134	—
Schiffbau	1 259	1 400	141	—
Schmiede	2 190	2 500	310	—
Schmied	9 041	9 495	454	—
Schneiderei	14 935	14 810	—	125
Schwarz	2 444	1 921	—	523
Steinmetz	11 500	10 000	—	1 500
Strombau	2 490	2 943	—	37
Strickbau	1 325	2 000	675	—
Taschenmacher	17 951	18 513	562	—
Tanzmeister	1 344	2 249	905	—
Tanzmeister	22 648	29 007	6 359	—
Textil	4 416	4 591	175	—
Textil	1 029	1 000	—	29
Textil	2 526	2 599	73	—
Textil	655	912	227	—
Textil	17 620	22 104	4 484	—
Summe	413 863	493 724	85 229	5 350

Die Zahl der in Centralverbänden organisierten Arbeiter beträgt also im vorjährigen Jahresdurchschnitt 493 724, wovon sich 13 481 weibliche Mitglieder befinden. Da zu dieser Anzahl noch 17 500 in Lokalvereinen organisierte Arbeiter, ist im Jahre 1898 die halbe Million überschritten, wir haben in Deutschland 511 242 organisierte Arbeiter, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Diese Zahl würde sich erhöhen, wenn der Jahreskongress als Zähltermin gewählt wäre; sie hat sich bis zum Sommer 1899 wieder bedeutend gesteigert.

Insgesamt haben 43 Gewerkschaften eine Zunahme von rund 85 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Den Löwenanteil an dieser Zunahme haben die Maurer mit 17 500 neuen Mitgliedern, die Metallarbeiter mit 15 500, die Bergarbeiter mit 9 300, die Holzarbeiter mit 8 100, die Textilarbeiter mit 6 300, die Zimmerer mit 4 500, die Bauarbeiter mit 3 500, die Fabrikarbeiter mit 2 500 und die Handels- und Dienstleistungsarbeiter mit 2 300 neuen Mitgliedern davongetragen. Das sind mit einigen Ausnahmen die größten

Verbände, die wir in Deutschland haben. Eine Zunahme von mehr als 1000 Mitgliedern haben außerdem noch die Maler (1400), die Maschinen- und Feiler (1300), die Formner (1300) und die Buchdrucker (1100) zu verzeichnen. Neu erscheinen in der Aufstellung die Buchdrucker-Hilfsarbeiter mit 1333 und die Formenstecher mit 233 Mitgliedern.

Der ganz beträchtlichen Zunahme steht nun eine Abnahme in 14 Gewerkschaften gegenüber, die sich auf 5350 Mitglieder beläuft. Bei einem Teil der 14 betroffenen Gewerkschaften ist die Abnahme sehr gering, so bei den Gold- und Silberarbeitern (10), Konditionen (12), Müllern (24), Berggoldern (29), Steinsetzern (37) und Gärtnern (50). Eine nennenswerte Abnahme haben also noch 8 Gewerkschaften zu beklagen und zwar verloren die Steinarbeiter am meisten (1500), dann folgen die Hafenarbeiter mit 962 und die Lithographen mit 965 verlorenen Mitgliedern.

Das Gesamtergebnis aber bleibt eine Zunahme der Gewerkschaften um **79 879 Mitglieder** im Jahre 1898, ein überaus erfreuliches Zeichen des Wachstums, das überdies mit jedem Tage sich günstiger gestaltet.

Die Genugthuung wird aber noch bedeutend gesteigert durch einen Blick auf die Kassengebarung der deutschen Gewerkschaften. Ueber **5 1/2 Millionen Mark**, genau 5 508 667,64 Mark Jahres-Einnahme und über 4 Millionen Mark, genau 4 279 726,19 Mark Jahres-Ausgabe, haben die 57 Gewerkschaften erzielt, und mit den vorhandenen Beständen behielten sie am Schlusse des Jahres in der Truhe über **4 Millionen Mark**, 3 880 092,47 Mark in den Hauptkassen und 493 220,89 Mark in den Lokalkassen; mithin zusammen 4 373 313,36 Mark. Von diesem Kapital besitzt allerdings fast die Hälfte der große deutsche Buchdruckerverband, aber auch ohne ihn bleiben Deutschlands Gewerkschaften jetzt „mehrfacher Millionär“.

Die Ausgaben der deutschen Gewerkschaften verteilen sich auf die einzelnen Unterstützungs- und Verwaltungszweige und für Belehrung (Zeitungen, Bibliotheken) wie folgt:

Streikunterstützung	1 073 290 Mark
Krankenunterstützung	491 634
Reiseunterstützung	283 267
Arbeitslosenunterstützung	275 404
Invalidenunterstützung	79 587
Umzugskosten und Beihilfe in Sterbe- und Nothfällen	78 419
Rechtschutz	43 378
Gemäßigterunterstützung	39 978
Stellenvermittlung	3 826
Verbandszeitungen	518 949
Verwaltungsmaterial (Mitgliedsbücher, Kassenbücher etc.)	165 926
Agitation (zur Gewinnung neuer Mitglieder)	136 229
Gehälter (in 57 Verbänden)	140 423
Konferenzen und Generalversammlungen	68 693
Generalkommission	41 665
Projektkosten	6 674
Sonstige Ausgaben (zurückgezahlte Schulden, Internationales etc.)	107 759
Den Filialen verblieben (für örtliche Verwaltung, lokale Unterstützungsbezüge etc.)	723 101

Mit Stolz und Freude blicken Deutschlands Arbeiter auf diese Zahlen, auf diese durch eigene Kraft unter vielen Schwierigkeiten geschaffenen segensreichen Organisationen.

Millionen sind dahingegen aus den Taschen der Armen für Arbeitslose, Reisende, Kranke, Bedürftige, für die um ihre Existenzverbesserung kämpfenden Brüder! Wie viel Not ist hier gelindert worden, wie viel Sorgen verstreut? Wie kleinlich nehmen sich gegenüber diesen Summen die Leistungen der Pseudo-Arbeitervereine, der Hirsch-Dunkervereine, der katholischen Gesellen und evangelischen Jünglinge, aus!

Die deutschen Gewerkschaften haben eine Position erungen, aus der sie kein Zuchtmaßgesetz wird mehr werfen können. Sie haben der deutschen Arbeiterklasse, sie haben dem Vaterlande, das sie unterdrückt, unentgeltliche Dienste erwiesen. Ehre den Rosenmännern, die so für das Wohl ihrer Familien, ihrer Kinder und das eigene sorgten.

Eine halbe Million Mannschaften stehen unter der Fahne. Sie werden die Antwort geben auf die Verneinungsversuche der Unternehmer. Jeder einzelne wird zum Streiter! Organisierte Arbeiter Deutschlands! Gebt die Antwort auf das Zuchtmaßgesetz mit neuen Tausenden von Selbstkassen in Euren Klaffen. Gebt die Antwort, daß den Schaufmachern und Unterdrückten, die von den Bedürfnissen der Arbeiterklasse keine blasse Fiktion haben, die Augen übergehen. Das Jahr 1899, das Jahr der Zuchtmaßvorlage, es sei ein würdiger Nachfolger von 1898, ein Ehrenjahr für die deutsche Arbeiterklasse! —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der vorbestrafte Masseur Karl Schindler aus Berlin, geboren 1879, kam am 13. Juni d. J. hier angeblich mit 400 Mark Barmitteln zugereist, die er in 10 Tagen mit einer Kellnerin verprasste. Am 23. Juni logierte er in einem Gasthof und benutzte die Gelegenheit, den Koffer eines Reisenden zu erbrechen, woraus er dann einen Krug, ein Paar Manschetten, zwei Taschentücher, einen Ring und ein Abrechnungsbuch der Sparkasse in Hannover über 2000 Mark zahl. Ferner machte er sich in 4 Fällen der Zechprellerei in Höhe von zusammen etwa 8 Mark schuldig. In dem letzten Falle verpfändete er, um Kredit zu erhalten, das gestohlene Sparkassenbuch und wurde dann verhaftet. Der Angeklagte erhielt wegen 1 schweren Diebstahls und Betrugs in 4 Fällen 1 Jahr 7 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Der Dohrenknecht Friedrich Casse zu Wanzleben, geboren 1870, wurde am 24. Mai d. J., als er mit seinem Gespann unterwegs war, von einem Radfahrer aus Magdeburg angerannt. Entrüstet darüber, schlug Casse ihn wiederholt mit dem umgekehrten Reitstiel und beleidigte ihn durch Schimpfreden. Der Gerichtshof erkannte wegen Körperverletzung und Beleidigung auf 25 Mark Geldstrafe, sprach auch dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zu.

Der Schlosser Hermann Weber, geboren 1874, und der Schmied Louis Weber, geboren 1880, zu Schönebeck, machten

Am 26. März d. J. abends im Lokale des Gastwirts Franz zu Frohse, wo der Pastor Bauerhain einen Familienabend für die Konfirmanden veranstaltet hatte, des gemeinsamen Hausfriedensbruchs, Louis Weber auch des Widerstands und eines thätlichen Angriffs gegen den Polizeiergeanten Liebe schuldig. Das Urteil lautete gegen Hermann Weber auf 10 Tage, gegen Louis Weber auf 8 Wochen 3 Tage Gefängnis. —

Der Korbmacher August Ost hier, geboren 1851, wurde von der Anklage des sich wahren und einfachen Diebstahls freigesprochen. —

Die Arbeiter Carl Treuse, geboren 1868, und Adolf Treuse, geboren 1880, von hier stahlen am 27. März d. J. von der Arbeitsstelle der elektrischen Straßenbahn in der Leipzigerstraße gemeinschaftlich eine Holzschwelle und zwei Schienenstücke, die sie in die Wohnung des Adolf Treuse trugen. Carl Treuse stahl ferner von der Arbeitsstelle an der Kaiserstraßenstraße sechs abgeschliffene Schienenstücke, die er mit nach Hause nahm. Der Gerichtshof verurteilte Carl Treuse, der sich wegen Diebstahls im wiederholten Rückfall befindet, zu 9 Monaten, Adolf Treuse zu 1 Woche Gefängnis. —

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Schriftsetzer Peter Ohlsen zu Barleben, geboren 1877, wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift mit 50 Mark Geldstrafe belegt. —

Freisprechung einer Muttermörderin. In Chicago kam, wie wir bereits vor einigen Tagen mitteilen konnten, ein Mordprozess von großem psychologischen Interesse zum Abschluss. Frau Augusta Styles, geborene Schulz, wurde von den Geschworenen der Verantwortung entlastet für den Tod ihrer Mutter, Katharina Schulz, welche sie am Nachmittag des 4. Mai d. J. erschoss. Die Nachricht von dem von Frau Styles begangenen Muttermorde veranlasste seiner Zeit die bürgerlichen Frauenvereine, bei denen die Ermordete sowohl wie die Mörderin sehr bekannt waren, in große Aufregung. Die Mordthat geschah in der Vorhalle des Versammlungslokales des Martha-Washington-Frauenvereins, wo Frau Styles, als sie ihre Mutter traf, die alte Frau niederschoss. Nach vollbrachter That warf sie die Mordwaffe von sich, stürzte in den Versammlungssaal, rief den dort versammelten Frauen mit Thränen in den Augen zu: „Ich habe meine Mutter ermordet!“ — und brach dann ohnmächtig zusammen. Den Verteidigern der Angeklagten gelang es bei dem Prozess, der zehn Tage dauerte, nachzuweisen, daß die Angeklagte von ihrer Mutter durch böswillige Verleumdungen bis zum Wahnsinn getrieben wurde, zu dem sie, da sie epileptischen Anfällen unterworfen sei, ohnehin zeitweilig neigte, und daß sie nicht zurechnungsfähig war, als sie die Mutter erschoss. Die Hauptzeugin der Verteidigung war die 16-jährige Tochter der Angeklagten, welche die unschuldhafte Veranlassung zu der blutigen Katastrophe war. Belle — so heißt das Mädchen — ist ein Kind der Frau Styles aus deren erster unglücklichen Ehe mit einem gewissen Olds. Die Angeklagte hatte gegen Olds nach sechsjähriger Ehe ein Scheidungsdekret wegen grausamer Behandlung erwirkt; das einzige Kind jener Ehe, eben jene Belle, war zur Zeit der Scheidung und als sich seine Mutter halb darauf mit Styles verheiratete, noch so jung, und Styles war so liebevoll gegen das Stiefkind, daß dasselbe von seiner Mutter in dem Wahne belassen wurde, Styles sei sein Vater. Familienzwistigkeiten veranlaßten dann anfangs dieses Jahres die Mutter der Angeklagten, die ermordete Frau Schulz, dazu, dem jungen Mädchen zu sagen, daß Styles nicht sein Vater sei. Sie machte diesem Mädchen die Mitteilung in der boshaftesten Weise, indem sie andeutete, daß sie ein uneheliches Kind sei, und ihre Mutter auch mit Styles in wilder Ehe lebe. Man kann sich die Aufregung der also Verleumdeten vorstellen, als ihr Kind mit Thränen in den Augen von ihr den Nachweis eines ehrlichen Namens forderte. Frau Styles ging hin, kaufte einen Revolver und traf das Herz ihrer Verleumderin. Die Prozessverhandlungen waren an ergreifenden Szenen reich. Als die Geschworenen nach kurzer Beratung den auf „nicht schuldig“ lautenden Wahrspruch abgaben, schrieb die Angeklagte laut auf und sank dann ohnmächtig in die Arme ihrer Tochter. Die Scene war so überwältigend, daß selbst der Richter Mühe hatte, seine Amtsmiene beizubehalten. —

Die Frauenpost.

Zur Dienstbotenfrage.

In Berlin tagte am Mittwoch die dritte Versammlung der Dienstboten, die von ca. 500 Personen besucht war. Auch in dieser Versammlung wiesen die Leiter der Bewegung jede Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie zurück, was der Genossin Lily Braun Anlaß zu nachstehenden Ausführungen gab:

Es ist hier manches gegen die Herrschaften gesagt worden, aber alle diese Reden klangen aus in ein Loblied auf die guten Herrschaften. Ich gebe zu, daß es Herrschaften giebt, die es mit ihren Dienstboten gut meinen, aber so lange die Gesinde-Ordnung besteht, kann es den Dienstboten wenig helfen, wenn es hier und da gute Herrschaften giebt. Sie wünschen eine Verbesserung der Gesinde-Ordnung. So ein Ding läßt sich nicht verbessern, es muß beseitigt werden. (Bravo!) Die Bewegung für die Befreiung der Dienstboten ist durchaus berechtigt, aber wenn die Bewegung Erfolg haben soll, dann darf sie sich nicht auf Harmonie-buferei gründen. Eine Harmonie zwischen Herrschaft und Dienstboten giebt es ebenso wenig, wie eine Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter. Soll Ihr Verein etwas erreichen, dann muß er ein Kampfbündnis werden. Die Kämpfer müssen das Solidaritäts- und das Klassenbewußtsein unter den Dienstboten wecken und stärken, dann aber werden Sie dahin gelangen, wo jede Klassenbewegung hingelangen muß, zur Sozialdemokratie. (Großer Beifall.) Hier wurde gesagt, Millionen hätten zum Elend der Dienstboten geschwiegen. Lange, bevor Sie auf dem Plan waren, haben Millionen laut gesprochen. Das sind die Anhänger der Sozialdemokratie, die von jeher, auch im Reichstage, gegen die Gesinde-Ordnung aufgetreten ist. (Zustimmung.) Das wissen auch Ihre Gegner. Diese bezeichnen Ihre Bewegung als eine sozialdemokratische. Die bürgerliche Presse mit wenig Ausnahmen ruft die Polizei zur Hilfe gegen Ihre Bewegung an. Wenn Sie auch noch so eifrig erklären; Wir sind keine Sozialdemokraten,

Ihre Gegner betrachten Sie als solche. Mögen Sie wollen oder nicht, Sie werden in unsere Reihen gedrängt durch Ihren Kampf und durch den Druck von oben. Die Hauptwaffe im Kampf: das Koalitionsrecht, steht Ihnen noch. Sie dürfen sich nicht verabschieden, um durch gemeinsame Arbeitsüberlegung bessere Verhältnisse zu erzwingen. Mit einem Jahre Gefängnis wird jede von Ihnen bestraft, die zu einem Streik anreizt. Das Buchhändlergesetz, welches den gewerblichen Arbeitern erst besetzt werden soll, gilt für Sie schon seit ewigen Zeiten. Es wurde hier lobend hervorgehoben, daß einige Herrschaften Beiträge zu Ihrer Unterstützungskasse gesendet haben. Ja, wollen Sie sich denn mit Wohlthaten abspülen lassen? (Zuruf: Nein!) Empfinden Sie es nicht als eine Schmach, wenn man Ihnen Wohlthaten gewährt, statt des guten Rechts? Wer sein ganzes Leben dem Dienst der Besitzenden geopfert hat, den muß es doch empören, wenn er mit Bettelklopfen abgepeist wird. (Beifall.) Wenn erst das Klassenbewußtsein in Ihnen erwacht, dann werden Sie sich durch die Wohlthaten der Herrschaft mehr beedrückt fühlen, als durch die schlechten Schlafstellen und die sonstigen Mißstände, die hier zur Sprache gebracht wurden. Ich will Sie nicht auffordern, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Sie werden mit der Zeit von selbst zu uns kommen. Wenn Sie auch von der Sozialdemokratie noch nichts wissen wollen, so begrüße ich doch Ihre Bewegung mit Freuden, denn ich hoffe, sie wird dazu beitragen, daß die Dienstboten endlich erkennen lernen, was es heißt: Mensch sein. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem die Rednerin ihren Platz wieder eingenommen, wurde sie von vielen Dienstboten freundlich begrüßt. —

Vermischte Nachrichten.

Folgendes Steuerturiosum finden wir im Mainzer Anzeiger: Ein zu hoch eingeschätzter Steuerpflichtiger, der reklamiert hatte, bekam folgenden Bescheid von Vorstehenden der Einschätzungskommission für die Einkommensteuer 1. Abt. zu Mainz: Die von Ihnen gegen die Einschätzung zur Einkommensteuer erhobene Reklamation ist von der obengenannten, nach Art. 23 des Gesetzes vom 25. Juni 1895 die allgemeine Einkommensteuer betreffend, gebildeten Kommission geprüft und darauf die Entscheidung getroffen worden, daß derselben aus dem Grunde willfährige Folge nicht zu geben sei, weil Ihrem Einkommen auch dasjenige Ihrer Ehefrau als Mäherin zuzurechnen ist und eine zu hohe Besteuerung alsdann nicht vorliegt. Hierzu sei bemerkt, daß der Empfänger dieses Bescheides, ein 21-jähriger junger Mann, überhaupt noch nicht verheiratet ist. Tableau! —

Der Stationsvorsteher als Cigarrenprüfer. Auf dem Bahnhof in Brzeznica in Oberschlesien befindet sich unter anderen Automaten auch ein solcher für Cigarren. Für 10 Pf. spendet er drei Cigarren. An dem Automaten befindet sich seit einigen Tagen ein mit amtlichem Stempel versehenes Schildchen folgenden Inhalts: „Von heute ab können diesem Automaten Cigarren entnommen werden. Dieselben sind rauchbar. Der Stationsvorstand.“

Zehn Jahre Zonentarif. Zehn Jahre sind, so schreibt die Münchener Arbeiter-Zeitung, eben verfloßen, seit der ungarische Minister Gabriel Baroff den Versuch wagte, den Zonentarif für den Eisenbahnverkehr einzuführen und damit eine bahnbrechende Reform des Verkehrswesens zu inaugulieren. Heute kann man sagen, daß dieser Versuch glänzend gelungen ist und daß diese That des Handelsministers eines sonst sehr rückständigen Landes das Verkehrsleben mächtig gefördert hat. Bedeutende Theoretiker des Verkehrswesens waren gegen das Wagnis, und es schien fast, als ob sich Ungarn in ein kostspieliges Abenteuer stürze, das von ganz falschen Erwägungen diktiert sei und in seiner Durchführung das Staatsbudget schwer schädigen werde. Anfangs machte sich die Sache auch so, als ob die Warner Recht behalten sollten — trotz der wesentlich reduzierten Preise hob sich der Verkehr nicht. Aber schon in wenigen Monaten änderte sich das Bild. Der Verkehr hob sich in ungeahnter Weise. Im Jahre 1888 wurden von den ungarischen Bahnen 5 047 500 Personen befördert, im Jahre 1896 aber nicht weniger als 33 146 400. Die Einnahmen aber stiegen während dieser Zeit von 6 811 000 fl. auf 21 472 000 fl. Der Erfolg des Zonentarifs ist also ein durchschlagender, und er wird allerorten, wo man heute dem Beispiel Ungarns schon gefolgt ist, um so größer werden, je konsequenter man die einmal betretene Bahn einhält. Bei uns hört man von der Absicht, ebensolche Fortschritte zu machen, nichts. Die Reaktionen fürchten den Revolutionär Eisenbahn. Und sie haben Recht. Um so mehr thut Not, daß die Herrschaft der Reaktionen gebrochen wird. —

Technisches.

Gas aus Müll. In Wien hat, wie der Technischen Rundschau berichtet wird, die städtische Gaskommission das Versuchswerk für Müllvergärung im Bezirke Simmering befristigt, in dem der bekannte Gasfachmann Victor Loos seine Methode der Müllvergärung demonstrierte. Derselbe zeigte, daß gegenüber der neueren Müllschmelzmethode, welche ein Viertel bis ein Drittel der verbrannten Müllmenge Kohlenstoff erfordert, seine Müllvergärung nur einen Kohlenstoffaufwand von ein Neunzehntel der vergasteten Müllmenge notwendig macht. Ueberdies ist das neue Verfahren noch deshalb rationeller, weil sehr beträchtliche Mengen eines Gases gewonnen werden, mit dem das Kohlen-Verdichtgas in jedem Verhältnis mischbar ist. Dieses Müllgas ist frei von Kohlenoxyd, wie nebenbei bemerkt sein mag. Der aus-gegaste Rückstand ist vollständig frei von organischen Bestandteilen und als Beton- und Anfüllungsmaterial zu verwenden. Wichtig ist ferner, daß dieser Rückstand, mit Kanalschlamm gemischt oder auf Rieselfeldern geschüttet, durch die Bindung der sonst entweichenden Faulnisgase die Düngung mit Fäkalien erleichtert, weil er eine Menge sein zerteilter Kohle enthält, die bekanntlich eine bedeutende Absorptionsfähigkeit für Gas besitzt. Neben der Verbesserung der sanitären Zustände liefert daher die Loos'sche Methode noch Produkte, welche das Verfahren sogar zu einem materiell gewinnbringenden gestalten würden. —

Zeitungen mit farbigen Illustrationen. Eine neue Maschine für Farbendruck, die Unglaubliches leisten soll, ist von Jean Drlos, Hauptingenieur und Verwalter der

russischen Regierungsdruckerei in Petersburg, erfunden worden, und es hat sich bereits eine Gesellschaft gebildet, um die Anwendung der Maschine zur Herstellung farbiger Illustrationen für Zeitungen und Bücher zu entwickeln. Bisher mußten beim Farbendruck die verschiedenen Farben nacheinander aufgetragen werden, wobei man mit der nächsten Farbe so lange warten mußte, bis die vorhergehende trocken geworden war. Bei der Drlos'schen Maschine werden sämtliche Farben eines Bildes durch eine einzige Drehung des Cylinders in der Druckmaschine aufgedruckt. Es werden soviel einzelne Platten auf der gebogenen Oberfläche des Cylinders nebeneinander angeordnet, als Farben zur Herstellung des Bildes nötig sind. Diese Platten werden während der Umdrehung des Cylinders die betreffenden Farben durch eine besondere Rolle mitgeteilt. Alle diese Druckflächen übertragen ihre farbige Zeichnung auf eine Kompositionswalze, mit der sie nach einander in Berührung kommen, und diese überträgt dann ihrerseits das kombinierte farbige Bild auf das Papier. Das Prinzip der Maschine besteht also darin, daß die einzelnen Farben nacheinander auf eine gemeinschaftliche Fläche gedruckt und dann von dieser zum endgültigen Druck auf das Papier gebracht werden. Der Cylinder macht eine Umdrehung in $\frac{1}{20}$ Minute, in welcher Zeit jede Farbenplatte mit dem Farbstoff versehen wird und dann ihr Bild weiter giebt. Die Ergebnisse sollen höchst vollkommen sein, dabei ist es völlig gleichgültig, wieviel Farben zur Anwendung kommen. Die Londoner Nature, der wir diese in den Einzelheiten freilich noch unvollständige Nachricht entnehmen bezeichnet die Maschine als epochemachend für die Entwicklung des Farbendruckes. —

Statistisches.

Ueber das Anwachsen der Bevölkerung des deutschen Reiches giebt das soeben vom Statistischen Amte herausgegebene statistische Jahrbuch interessante Aufschlüsse. Im Jahre 1816 lebten auf dem Gebiete des heutigen deutschen Reiches 24 833 000 Einwohner. Diese Zahl stieg bis zum Jahre 1891 auf 49 762 000, die deutsche Bevölkerung hat sich also im Laufe von 75 Jahren verdoppelt. Sie hatte bei der letzten Volkszählung im Jahre 1895 bereits 52 Millionen überschritten und wird für 1899 auf über 55 Millionen geschätzt. Die Zunahme war am stärksten in den auf die Befreiungskriege folgenden Jahren und betrug von 1816 bis 1820 im Durchschnitt 1,43 Prozent der vorhandenen Bevölkerung, die geringste Zunahme zeigte sich von 1850—1855 (0,40 Prozent) und von 1865—1870 (0,58 Prozent); in dem Jahrzehnt von 1890—1895 betrug sie 1,12 Prozent, was genau dem Durchschnitt der Bevölkerungsvermehrung in den letzten 40 Jahren entspricht, die in den vorhergehenden 40 Jahren (von 1815—1855) etwas stärker geworden ist, nämlich 1,16 Prozent. Am stärksten ist in den letzten 80 Jahren Berlin gewachsen, nämlich um 9,47 Prozent jährlich, dann folgen Hamburg (4,34 Prozent), Bremen (3,69 Prozent) und das Königreich Sachsen (2,75 Prozent); den geringsten Zuwachs hat Waldeck zu verzeichnen, das zwar bis 1855 um 0,27 Prozent gestiegen ist, seitdem aber um 0,02 Prozent jährlich zurückgegangen ist. Wenn Deutschlands Bevölkerung in gleichem Maße weiter wächst wie bisher, d. h. sich wiederum in 75 Jahren verdoppelt, wird sie im Jahre 1975 mindestens 110 Millionen Menschen zählen. — Um einen Anhalt zum Vergleich der deutschen Verhältnisse mit denen der anderen Länder zu bieten, sei erwähnt, daß der natürliche Zuwachs, d. h. der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle im Jahre 1892 pro 1000 der Bevölkerung betrug: in Deutschland 11,6; in Oesterreich 8,6; in Italien 10,2; in Großbritannien und Irland 10,6; in Frankreich — 0,4 (also eine Abnahme von fast $\frac{1}{2}$ %); in der Schweiz 8,8; in Belgien 6,6; in den Niederlanden 10,1; in Schweden 8,9; in Norwegen 12,8. Deutschlands Bevölkerungszunahme wird also nur von derjenigen Norwegens übertroffen. —

Kleine Chronik.

Wie der Koblenzer General-Anzeiger meldet, wurden Dienstag abend zwei junge Mädchen von zwei Soldaten des Inf.-Regts 28 auf dem Moselweierwege vor der Stadt überfallen. Einer der Mädchen stürzte in ein Haus, wurde aber von einem der Soldaten mit einem gegengenen Säbel verfolgt. Zwei Unteroffiziere kamen den bedrängten Mädchen zu Hilfe. Die Soldaten sind erkannt und zur Anzeige gebracht. —

Zwei Kinder verbrannt. In Rauste brannte die Scheuer des Freistellenbesizers Pflanze nieder. Die Kinder des Besitzers, ein Knabe von 6 Jahren und ein Mädchen von 2 Jahren, spielten mit den 3- und 5-jährigen Knaben des Hilfsbahnwärters Hoffmann in einem auf der Tenne stehenden Schlitte, während die Eltern auf dem Felde waren. Die beiden älteren Knaben zündeten dabei ein Streichholz an, wodurch das nebenlagernde Getreide in Brand geriet, worauf das Feuer schnell um sich griff. Die beiden Anführer des Brandes liegen die kleinen Kinder im Stich und liegen auf das Feld, um die Eltern herbeizurufen. Der auf dem Gehöfte beschäftigte Maurer Hartlapp aus Arnsdorf drang zwar wiederholt in die Scheuer ein, vermochte aber nur der kleinen Hoffmann noch lebend herauszubringen, doch starb das Kind bald infolge der Brandwunden. Das zweijährige Mädchen des Pflanze wurde verkohlt aus dem brennenden Schlitte gezogen. —

In Warmbrunn wurde dieser Tage eine altschlesische Bauernhochzeit mit altschlesischen Trachten, mit den Gebräuchen und Tänzen, wie sie vor 100 Jahren üblich waren, abgehalten. —

In England wurden im Jahre 1897 durch Eisenbahnunfälle 545 Angestellte getötet und 12 980 verletzt; im Jahre 1898 betrug die Zahl der Getöteten 586, der Verletzten 14 402. Da die Zahl der Angestellten etwa 465 000 beträgt, so kamen auf 1000 Angestellte 1,09 Todesfälle und 28 Verletzungen. —

Weiteres.

Diese Kinder. Eine große Familie befindet sich auf einem Sommerkeller. Obenan sitzt der ziemlich gebrechliche Großpapa. Fremder (zu den Kindern): „Das ist aber schön von Euch, daß Ihr nicht ohne Euren alten Großpapa fortgeht!“ Kinder: „Ja, den brauchen wir zum zahlen!“ —

Trumpsf. Mann: „Denke Dir, diesen Abend wollte ich in meiner Kneipe jemand mit meinem Ueberzieher entwerfen; ich erkannte ihn an den beiden Knöpfen, die vor-

